Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 197 | Freitag, den 19. Juli 1935 | Jahrgang 1935

Göring gegen den politischen Katholizismus.

Klare Scheidung zwischen Religion und Politik.

Ein Erlaß des preußischen Ministerpräsidenten.

DNB **Berlin**, 17. Juli.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Der Preußische Ministerpräsident und Chef der Geheimen Staatspolizei, General Göring, hat in einem Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten sich mit der ablehnenden Haltung gewisser Kreise des katholischen Klerus gegen den Nationalsozialismus und seine Einrichtungen befaßt. In bewußter Verkennung der außerordentlichen Leistungen des nationalsozialistischen Staates und im Gegensatz zu der bereitwilligen Anerkennung, die ihm das gesamte Volk für seine erfolgreichen Anstrebungen auf allen Lebensgebieten zollt, glaubt eine Anzahl katholischer Geistlicher immer noch, die ihnen anvertrauten Volksgenossen an der nationalsozialistischen Idee irre machen zu sollen, nur weil sie ihren politischen Einfluß schwinden sehen. Der Ministerpräsident lehnt die Entfesselung eines Kulturkampfes gegen die katholische Kirche nach wie vor auf das Bestimmteste ab. Er hält es aber für unbedingt notwendig, mit aller Energie gegen diejenigen Bestrebungen vorzugehen, die von dem politischen Katholizismus her dem nationalsozialistischen Staate im Kampfe entgegentreten. Demgemäß hat er, um dem Treiben solcher anti-nationalsozialistischen katholischen Geistlichkeit, deren Einstellung und Haltung immer noch in der Gedankenwelt der ehemaligen Zentrumspartei wurzelt, ein Ende zu bereiten, die Staatsbehörden angewiesen,

mit allen gesetzlichen Mitteln gegen solche Mitglieder des Klerus vorzugehen, die die Autorität ihrer geistlichen Stellung zu politischen Zwecken mißbrauchen.

Der Erlaß führt unter anderem aus:

Die Linie der Staatsführung in der Behandlung des politischen Katholizismus ist eindeutig und klar vorgezeichnet. Der nationalsozialistische Staat gewährleistet die Unversehrtheit der christlichen und damit auch der katholischen Kirche; er gewährt ihr und ihren religiösen Einrichtungen seinen Schutz. Die Zeiten, in denen der Wille und die Macht des Staates nicht hinreichte, die Kirche vor den zersetzenden Einflüssen der Gottlosenbewegung wirksam zu schützen, sind vorüber. Für die Kirche entfällt damit jede Veranlassung, über das Gebiet religiöser Betätigung hinaus politische Einflüsse aufrechtzuerhalten oder von neuem anzustreben. Sie darf daher weder Gott anrufen gegen diesen Staat, eine Ungeheuerlichkeit, die wir in offener und versteckter Form allsonntäglich erleben, noch darf sie eigene politische Kräfte unter der fadenscheinigen Begründung organisieren, sie müsse vom Staat her drohende Gefahren abwehren. Wir dulden Bestrebungen nicht, deren Träger früher das Zentrum war. Wir bekämpfen sie, auch wenn sie unter dem Deckmantel religiöser Betätigung in Erscheinung treten; wir bekämpfen sie umso entschiedener, je mehr sie sich in hinterhältige und verlogene Formen kleiden. Dazu gehört es, wenn Kleriker, die sich mit der politischen Totalität des Nationalsozialismus nicht abfinden wollen, in letzter Zeit mehr und mehr die Ausdrucksformen, Wortprägungen und Symbole des nationalsozialistischen Kampfes auf ihren angeblichen „Kampf" übertragen. Sie wenden jedem Volksgenossen in Fleisch und Blut übergegangene Abkürzungen — wie H. J. auf „Herz-Jesu-Jugend", B. d. M. auf „Bund der Marienmädchen" und Abwandlung des Deutschen Grußes auf Jesus Christus an. Sie belassen es nicht bei den althergebrachten kirchlichen Veranstaltungen, sondern sie häufen große demonstrative Prozessionen und Kirchenfeste und bedienen sich dabei einer in der Vergangenheit noch nicht dagewesenen Aufmachung und Werbung für diese Veranstaltungen. Neben allen dem nationalsozialistischen Kampf abgesehenen äußeren Formen verleiten sie die ihnen zur religiösen Betreuung anvertrauten Volksgenossen bis zu scheinheiligen Ausrufen wie: „Unser himmlischer Führer Jesus Christus, Treu Heil!"

Von der Kanzel setzen sie staatliche Einrichtungen und Maßnahmen ohne Scheu herab. Der Ministerpräsident nimmt dabei auf den kürzlich ergangenen Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern Bezug, der sich gegen die Sabotage der Rassengesetze wendet. Es ist soweit gekommen, daß gläubige Katholiken als einzigen Eindruck aus dem Besuch des Gottesdienstes mitnehmen, daß die katholische Kirche Einrichtungen des nationalsozialistischen Staates ablehnt, weil in den Predigten fortgesetzt auf politische Fragen und Tagesereignisse in polemischer Weise angespielt wird. In manchen Landesteilen vergeht fast kein Sonntag, an dem nicht die religiöse Ergriffenheit des Gottesdienstes zur Vorlesung sogenannter „Kanzelerklärungen" über rein politische Dinge mißbraucht wird.

Die kirchlichen Oberen sind nach dem von ihnen geschworenen Bischofseid der Regierung Achtung schuldig und verpflichtet, sie auch vom Klerus achten zu lassen. Nach ihren Erklärungen verurteilen sie auch das geschilderte Treiben, anscheinend sind sie aber gegen gewisse Teile des Klerus machtlos. Da alle Warnungen nur zu einem Mißbrauch der bisherigen Nachsicht geführt haben, erwartet der Ministerpräsident nunmehr von allen Strafverfolgungsbehörden, daß sie die ganze Härte der bestehenden Bestimmungen in Anwendung bringen.

Der Erlaß führt dann die zahlreichen Fälle auf, in denen Kleriker ihren staatsfeindlichen Einfluß geltend zu machen versucht haben und legt dar, wie diesem Gebaren zu begegnen ist. Grundsätzlich wird festgestellt, daß von den Geistlichen, soweit sie — namentlich im Religionsunterricht — im Staatsdienst tätig sind, verlangt werden muß, daß sie sich nicht nur während des Unterrichts jeder negativen Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus zu enthalten haben, sondern daß sie darüber hinaus, wie alle anderen Staatsdiener, für den nationalsozialistischen Staat positiv einzutreten haben, sich also mit ihrer ganzen Persönlichkeit rückhaltlos hinter ihn stellen müssen. Nur dann könne der Nationalsozialismus den Geistlichen die religiöse Miterziehung der Jugend anvertrauen. Der Minisiterpräsident stellt ferner fest, daß die sogenannten konfessionellen katholischen Jugendverbände sich immer mehr von ihrer ausschließlich religiösen Betätigung entfernen. Wenn nicht eine vollständige Umstellung hierin eintritt, sind die Verbände als politische anzusehen und zu verbieten.

Das Tragen von Uniformen und alle volkssportliche Betätigung ist ausschließlich der Staatsjugend und den anderen Gliederungen der Partei vorbehalten.

Der Ministerpräsident macht es allen Staatsbehörden zur Pflicht, die aufgezeigten Mißstände entschieden zu unterbinden, sich dabei aber der ganzen Schwere der Verantwortung bei der Anwendung der gesetzlich gegebenen Handhaben bewußt zu sein. Die Macht des nationalsozialistischen Staates gestatte es, die aufgezeigten Mittel mit aller Besonnenheit anzuwenden; daß er mit der katholischen Kirche grundsätzlich in friedlichen und geordneten Verhältnissen leben will, hat er durch den Abschluß des Konkordates deutlich genug bewiesen. Im übrigen müßten die Entscheidungen von der Uebereinstimmung mit dem Empfinden der Volksgemeinschaft, die sich das Gefühl für Recht und Unrecht rein bewahrt hat, getragen sein. Dann werden auch diejenigen, gegen die sich die im Interesse der Staatsführung notwendigen Maßnahmen richten, in den Augen des Volkes nimmermehr als „Märtyrer" angesehen werden.

Der Gottesglauben und die Religion der katholischen Volksgenossen wird nicht angetastet, wir überlassen der katholischen genau so wie der evangelischen Kirche die völlige Freiheit des Glaubens und der Lehre. Politisch aber ist nur eine Staatsauffassung in Deutschland vorhanden und denkbar: die nationalsozialistische Idee. Wir wollen keinen Kulturkampf, da wir nur den politischen Kampf kennen; in diesem aber waren und bleiben wir siegreich. Zu diesem Grundgedanken betont der Ministerpräsident, daß der politische Katholizismus letzten Endes durch eine positive nationalsozialistische Aufbaupolitik überwunden werden muß, wobei er auf die besonders wichtige Rolle hinweist, die die H. J. im weltanschaulichen Ringen um die Jugend spielt. Der Ministerpräsident macht deshalb allen Behörden die nachdrücklichste Förderung der H. J. zur Pflicht. Schließlich weist er auf die Notwendigkeit engster Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Stellen und den maßgebenden Aemtern der Partei hin.

„Abessinien kämpft bis zum letzten Mann"

Die große Parlamentsrede des Kaisers von Abessinien.

DNB **Addis Abeba**, 18. Juli.

Der Kaiser von Abessinien nahm am Mittwochvormittag die Parade von 3000 Mann der kaiserlichen Garde ab und begab sich sodann in das Parlament, um seine angekündigte große Rede zu halten. Das Parlament war von ungeheuren Menschenmengen umlagert. Alle Führer Abessiniens hatten sich eingefunden.

Der Kaiser schilderte zunächst die verschiedenen Abschnitte des italienisch-abessinischen Streitfalles bis zum Abbruch der Verhandlungen des Schlichtungsausschusses in Scheveningen. Er erklärte, daß Italien trotz der ständigen Beteuerungen seiner Friedensliebe seine Rüstungen für einen Eroberungskrieg fortsetze. Abessinien habe dagegen dreimal den Völkerbund zur friedlichen Lösung des Streitfalles angerufen. In diesem Zusammenhang wies der Kaiser auf die freundschaftlichen Beziehungen Abessiniens zu England hin und erwähnte den englischen Versuch, durch eigene Gebietsabtretungen den Frieden zu erhalten. Mussolini habe jedoch alle Friedensangebote zurückgewiesen, habe Abessinien beleidigt und es der Barbarei und Sklaverei bezichtigt, die tatsächlich bereits beseitigt sei.

Der Kaiser betonte sodann, daß sein Land alle Verträge gehalten habe und daß es sich auch bereitgefunden habe, die Völkerbundsentscheidung anzunehmen und Italien zu entschädigen, falls der Völkerbund hierüber entschieden habe. Trotz all dieser

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Der Besuch in Sinaia.

Von unserem Bukarester Korrespondenten.

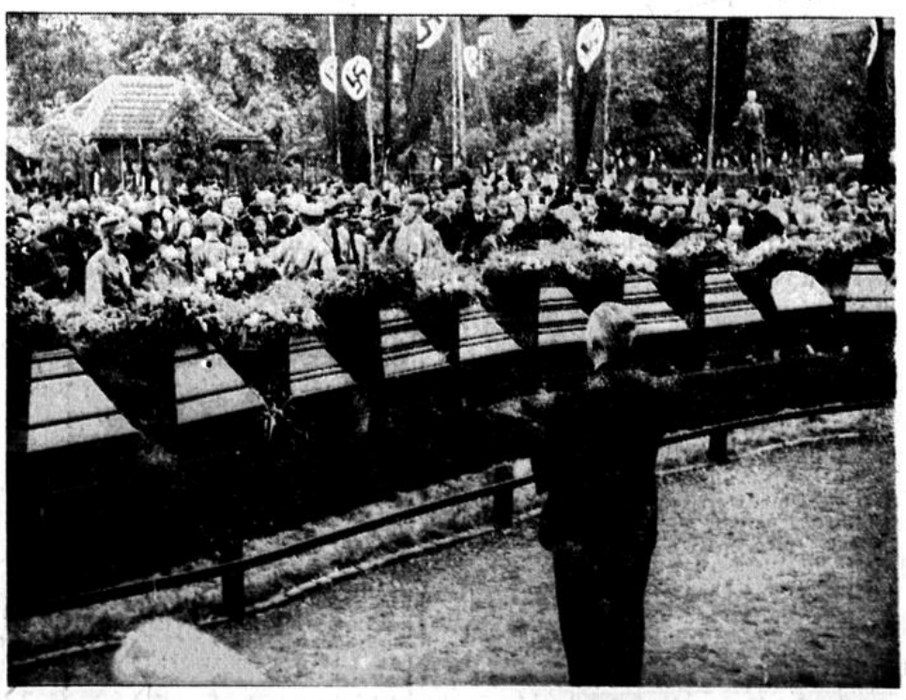
Im **Bukarest**, Mitte Juli.

Prinzregent Paul von Jugoslawien hat durch seinen Besuch bei König Karol das gesamte politische Schwergewicht des europäischen Südostens vorübergehend nach Sinaia, der königlichen Sommerresidenz, verlegt. Schier endlos dünkende Kron- und Ministerräte jagten dort in diesen Tagen einander, die kleine Sommerfrische in den Höhen der Karpathen zeigte ein nervöses Hasten von Politikern und Journalisten, ausländischen Gesandten und sonstigen Beobachtern. Sie waren sich der Tatsache bewußt, daß dieser Besuch keine zufällige Verwandtschaftsvisite bedeute, sondern der Behandlung schwerwiegender mitteleuropäischer und Südost-Probleme dienen sollte.

In der Tat haben die letzten vier Wochen hier manches gänzlich Unerwartete gebracht: Zunächst konnte die letzte Konferenz der Kleinen Entente, die für den 22. Juni in Belgrad angesetzt worden war, nicht zusammentreten, da plötzlich ein jugoslawischer Regierungswechsel stattfand. Obwohl dann die Aufhebung der österreichischen Habsburgergesetze einen argen Schlag für die Kleine Entente bedeutete, gelang es trotzdem nicht, die Außenminister der Kleinen Entente zu einer neuen Tagung einzuberufen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß dieser „Kleine Verband" zurzeit seine schwerste Krise durchmacht, aus der heraus ein Weg bisher noch nicht zu finden war. Immerhin datiert dieser Tatbestand nicht erst seit heute. Schon in Belgrad hätte sich die Kleine Entente mit der Sowjetunion auseinandersetzen müssen, und zwar in dem Sinne, daß Benesch und Titulescu ihren Kollegen Jeftitsch gedrängt hätten, ebenso wie die Tschechoslowakei und Rumänien die diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion aufzunehmen, um so die Voraussetzung für die Ausweitung des kollektiven Sicherheitssystemes im Südosten zu schaffen. Der Sturz Jeftitsch's unmittelbar vor dieser Konferenz des Kleinen Verbandes scheint demnach kein reiner Zufall gewesen zu sein. Prinzregent Paul hat sich schließlich doch stärker erwiesen als der franzosenfreundliche Kreis um Jeftitsch. Hierdurch sind aber die Hoffnungen auf eine baldige Gleichschaltung der außenpolitischen Front der Kleinen Entente gegenüber Rußland wieder fraglich geworden, und der rumänische Außenminister Titulescu hatte nichts Eiligeres zu tun, als auf dem schnellsten Wege nach Paris zu reisen, um dort den Schaden, den seine unglückliche Ostpolitik durch den Umschwung in Jugoslawien erfahren hatte, auszugleichen. Von Paris führte Titulescus Weg nach London: es lag diesem ruhelosen rumänischen Politiker daran, eine Wiederaufrichtung der Stresafront anzubahnen, die durch die deutsch-englischen Flottenbesprechungen und das folgende Vertragswerk ins Wanken geraten schien, wobei er die Rolle eines Vermittlers zwischen Frankreich und England übernahm, um die Gefahren einer noch längeren Verschleppung des Donaupaktes abzubremsen.

Die Kleine Entente ist bestrebt, durch den Donaupakt den Habsburgern endgültig einen Riegel vorzuschieben, indem ihre Restaurierung zu einem zwischenstaatlichen Problem erklärt wird, über das Oesterreich nicht allein entscheiden dürfe. Doch was halfen die

Die Beisetzung der 15 Todesopfer des Unglücks von Dortmund-Mengede.



Photos: Tiefensee

Ein Blick auf die Reihe der Särge auf dem Zechenvorplatz.
(Ausführlicher Bericht über die Beisetzungsfeierlichkeiten siehe im Innern des Blattes).



Reichsorganisationsleiter Dr. Robert Ley bei den Hinterbliebenen. Hinter Dr. Ley sieht man SA-Gruppenführer Schramme-Dortmund, den stellvertretenden Gauleiter Stürz und Bergassessor Florin.

schönsten außenpolitischen Absichten, wenn sie zu spät kommen. Der größte Gegenspieler der Kleinen Entente, Mussolini, parierte seinen rumänischen Gegenspieler, indem er durch sein Verhalten die Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen die Familie Habsburg in Oesterreich ermöglichte. Für die Kleine Entente, von der die Rückkehr der Habsburger seit Jahr und Tag als Kriegsursache hingestellt wurde, war dies ein Schlag, den sie sich von Rom gefallen lassen mußte und durch den sozusagen über Nacht die monatelangen Bemühungen einer Einschaltung der Kleinen Entente in die Linie Rom—Paris in ein Nichts zerflatterte.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei einer Restauration der Habsburger am schwersten Jugoslawien betroffen würde, da ein Wiederaufleuchten der österreichischen Kaiserkrone auf die breiten Massen des kroatischen Volkes suggestiv einwirken und die absplitternden Kräfte der Kroaten erheblich stärken dürfte. Kein Wunder, daß die jugoslawische Regierung eine entschiedene Stellungnahme der Kleinen Entente gegen den österreichischen Legitimismus fordert und sich in dieser Frage mit der Lauheit der tschechoslowakischen und rumänischen Regierung nicht zufrieden gibt; in der Tat ist es erstaunlich, wie Prag und Bukarest noch vor Monaten unterstrichen, daß die Rückkehr der Habsburger Krieg bedeute, während sich die gleichen Regierungen heute stillschweigend mit den gegebenen Tatsachen abzufinden scheinen. Hier eine Aenderung herbeizuführen, sollte Aufgabe des Besuches des Prinzen Paul in Sinaia sein.

Offensichtlich ist es aber dem Prinzregenten nicht gelungen, den jugoslawischen Standpunkt konzessionslos durchzusetzen. Es fällt auf, daß von sämtlichen an den Verhandlungen in Sinaia beteiligten Politikern über Verhandlungsstoff, Verhandlungsstand und Verhandlungsbeschlüsse strengstes Stillschweigen bewahrt wird. Nicht einmal das gewohnte magere Communiqué wurde der Oeffentlichkeit kredenzt. Daß ganz zum Schluß dieser Konferenzen der Bukarester französische Gesandte D'Ormesson im Auftrag des Quai d'Orsay beim Prinzen Paul Karageorgewitsch eine Audienz ansuchte und auch prompt bewilligt erhielt, verdient besondere Beachtung. Immerhin steht es fest, daß es Aufgabe des zweitägigen Prinzenbesuches war, die auseinanderfallende Politik der Kleinen Entente aufzufangen und in neue Bahnen zu lenken. Der Prinzregent war bestrebt, König Carol, der ein Schwager des habsburgischen Erzherzogs Anton ist, sowie besonders den Außenminister Titulescu als die heutige tatsächliche Verkörperung der Kleinen Entente für eine energische Abwehrfront gegen die Restauration der Habsburger zu bestimmen, auch auf die Gefahr hin, dadurch ein als besonders wirksam angesehenes Hindernis des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland aus dem Wege zu räumen.

In diesem Probleme lag die Schwierigkeit der Mission des Prinzen Paul; diese Frage aber führte auch zu dem plötzlichen Eingreifen des Quai d'Orsay, der durch den Gesandten D'Ormesson in nicht mißzuverstehender Form unterstreichen ließ, daß die Mobilisierung einer starken und einheitlichen habsburggegnerischen Front der Kleinen Entente die Einleitung einer Aktion bedeute, die die gleichen Ziele verfolge wie die deutsche Anschlußpolitik. Daß diese Intervention in Sinaia lebhafteste Kommentare auslöste, ist verständlich. Wie es scheint, ist der Quai d'Orsay und sein treuester Vasall, Titulescu, Sieger im Rennen geblieben. Zweifellos eine bittere Pille für Jugoslawien. Hinzukommt, daß es durch seine Haltung in der Habsburgerfrage sein Verhältnis zu Italien noch mehr verschärft hat.

Hiermit hing der zweite Programmpunkt der Verhandlungen in Sinaia zusammen: die bulgarische Rückendeckung, die Jugoslawien heute mehr denn je braucht. Prinz Paul war bemüht, die rumänischen Widerstände gegen die bulgarisch-jugoslawische Annäherung zu beseitigen und auf eine Entspannung zwischen Rumänien und Bulgarien hinzuarbeiten, ein Problem, das zwangsweise auf das so heikle Gebiet der Revisionspolitik hinübergleitet. Auch hier waren die rumänischen Widerstände ganz wesentlich, so daß man sich über den Vorschlag Titulescus, diese Frage erst einmal eingehend zu prüfen, um sie dann auf der nächsten Konferenz der Kleinen Entente zu behandeln, nicht allzusehr wundern darf. Nur ist es fraglich, ob dieser Tagung, die so bald wie möglich in Belgrad stattfinden soll, mehr Erfolg beschieden sein wird, als den Besprechungen des Prinzregenten in Sinaia. Der mächtige Schatten der französischen Außenpolitik lagert zu stark über dem Südosten Europas, und eine halbstündige Audienz eines französischen Diplomaten genügt, um einen Zweitagesbesuch eines Prinzregenten zu sabotieren.

„Abessinien kämpft bis zum letzten Mann."

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Verständigungsbereitschaft habe jedoch Italien weiterhin Truppen und Kriegsmaterial in seine beiden Kolonien entsandt.

Der Kaiser erklärte dann wörtlich:

„Nun steht der Krieg vor der Tür. Trotz unseres gezeigten Friedenswillens rückt der Krieg stündlich näher. Es ist unsere Pflicht, unser Land zu verteidigen.

Auch im Jahre 1896 hat Abessinien keinen Krieg gewollt. Damals haben die Italiener unser Land mit Eroberungsabsichten angegriffen und wollen dies heute wiederholen. Mit Gottes Hilfe hat Abessinien diesen Krieg gewonnen, es hat aber den Ausgang der Adua-Schlacht politisch nicht ausgewertet. Wir haben alles getan, um den Frieden zu wahren. Um der Ehre der Nation willen aber lehnen wir ein italienisches Protektorat ab. Wir haben ein reines Gewissen und sind schuldlos am Krieg.

Abessinien kämpft bis zum letzten Mann für seine Unabhängigkeit. Abessinien wird den modernen Waffen Italiens die Bereitschaft entgegensetzen, sein Land und seinen Kaiser bis zum Tode zu verteidigen. Der Kaiser wird mit seinem Volk lieber kämpfen und sterben, als die Freiheit verlieren.

Der Kaiser schloß mit einem Aufruf an das abessinische Volk, alle Stände-, Klassen- und Religionsunterschiede beiseite zu lassen und im Kampf zusammenzustehen. Die Frauen forderte er auf, sich als Pflegerinnen bereitzuhalten. „Es lebe Abessinien! Wir sterben für Abessiniens Freiheit! Gott mit uns!"

Unter Tränen der Begeisterung brachen die Versammelten in stürmische Beifallsrufe aus.

10 Jahre „Mein Kampf".

Ein eindrucksvoller Hörbericht.

DNB **Berlin**, 18. Juli.

Am 18. Juli 1925, heute vor 10 Jahren, wurde das Werk des Führers „Mein Kampf" der Oeffentlichkeit übergeben. Dieser Markstein in der Geschichte der Bewegung war am Donnerstag Anlaß einer Reichssendung des deutschen Rundfunks. Engste Mitkämpfer des Führers, SS-Oberführer Schaub und Stadtrat Maurice, gaben in einem Zwiegespräch ein packendes Bild der Werdezeit der Bewegung und der Sinngebung des Nationalsozialismus.

Wer den durch schmählichen Verrat bedingten Zusammenbruch der Aktion vor der Feldherrnhalle zu München miterlebt hat, der kann den endlichen Sieg erst würdigen, der ohne das Werk des Führers nicht denkbar ist.

Aus dem scheinbaren Niedergang erwuchs der Aufstieg. Morgen für Morgen, so erzählten die Kampf- und Leidensgenossen, wenn nur die ersten Sonnenstrahlen über die Festungsmauern zu Landsberg am Lech leuchteten, tippte der Führer Wort für Wort auf der kleinen Schreibmaschine. Die Sätze reihten sich, sie wurden Inhalt des Glaubens an die Wiedergeburt unseres Vaterlandes. Köstliche Feierstunden bereitete es dann, wenn der Führer schließlich in stillen Abendstunden fertige Kapitel vorlas.

Der Führer hat in sein Buch sein eigenes Inneres hineingelegt, sein eigenes Leben verankert; das ist die schönste Feststellung der Gefährten Adolf Hitlers aus dieser Zeit der Festungshaft. Während alles Vermögen, jeder Sachwert der Bewegung beschlagnahmt wurde, entstanden zu Landsberg durch die Worte des Führers nicht nur die ideelen Grundlagen des neuen Staates und das Lehrbuch der Parteigenossen und des ganzen deutschen Volkes, sondern auch durch den materiellen Erfolg die Möglichkeit zum Neuaufbau der Partei.

Immer höher wuchsen die Auflageziffern, und im gleichen Schritt faßte die Bewegung Boden. 1926 konnte mit diesem einzigartigen Rüstzeuge dann Dr. Goebbels den Kampf in Berlin aufnehmen, den er zu einem so glückhaften Siege führen konnte. Im kleinsten Orte wirkten die Worte des Führers. Das Ausland wurde aufmerksam, und schließlich überschritt die Auflageziffer die halbe Million.

Eindrucksvoll war dann der Hörbericht, wie der Sieg des Jahres 1933 die Auflageziffern vom 600. Tausend über 1½ Millionen zu zwei Millionen in unseren Tagen steigerte, ein Erfolg ohnegleichen in der Weltgeschichte, der nur möglich war, weil das Buch „Mein Kampf" die Grundlage der deutschen Weltanschauung, die Richtschnur des Lebens und Strebens jedes Deutschen geworden ist.

Gegen Aberglaube und Okkultismus.

Es gibt keine wissenschaftlich nachweisbare Hellseherei.

DNB **Berlin**, 18. Juli.

Trotz aller Aufklärung und aller Bemühungen, den Aberglauben, der nicht nur, wie viele annehmen, auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten herrscht, auszurotten, werden immer wieder Fälle bekannt, die beweisen, daß es noch sehr viel Zeitgenossen gibt, die in der Lage sind, von der Dummheit der Leute leben zu können. Okkultismus, Telepathie, so heißt das wissenschaftliche Mäntelchen, Kaffeegrund und Kartenschlagen sind das landläufige.

Kürzlich ging durch die Presse ein Artikel, der das Hellsehen auf Grund von Experimenten im psychologischen Institut der Universität Bonn zum Gegenstand hatte. In diesem Zusammenhang wurde ein Dr. Bender genannt, der, wie er angab, an einer Studentin der Philosophie Hellseherscheinungen festgestellt haben wollte. Die Abteilung Schadenverhütung der NSV des Gaues Kurmark, die auch auf den Gebieten des Okkultismus und der Hellseherei Aufklärungsarbeit leistet, hat diesen Fall aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit der Landesstelle Brandenburg-Grenzmark des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda zahlreiche Vertreter der Berliner Presse zusammenberufen, da sie auf den Standpunkt steht, daß es sich bei den vorgenannten Experimenten in Bonn um wissenschaftlich zumindest umstrittene Vorgänge handelt.

Der bekannte Experimentator Alfred Kistenmacher gab die Stellungnahme bedeutender Wissenschaftler, wie Professor Dessoir, Universitätsprofessor Dr. Kollmann-Leipzig, Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig-Potsdam und andere, bekannt und betonte, daß die reale Wissenschaft den Okkultismus als bisher nicht erwiesen ablehnen müsse. Wenn hier und da immer wieder Verlautbarungen über wissenschaftlich festgestellte Hellseherei erscheinen, so handele es sich ausnahmslos um Aufbauschung von Einzelgängern. Die Abteilung Schadenverhütung der NSV bemühe sich seit langem, hier aufklärend zu wirken, um die Oeffentlichkeit davon zu überzeugen, daß es mit dem Wirken geheimnisvoller Kräfte bisher immer seine besondere Bewandtnis gehabt habe.

Wahrsager, sogenannte Telepathen und Jahrmarktastrologen haben hier zum Schaden ihrer Mitmenschen sich die Tasche gefüllt. Es mag zugegeben werden, daß in einigen Fällen auch Gelehrte unbewußt das Opfer von Fälschungen geworden sind.

Der Vortragende hat bei einer Reihe von bekannten Wissenschaftlern, die sich ein Menschenalter hindurch mit der Frage des Okkultismus beschäftigt haben, Urteile über die Versuche in Bonn eingeholt. Einstimmig haben diese Wissenschaftler die Frage, ob ihnen in ihrer Praxis ein Fall einwandfreien Hellsehens bekannt geworden sei, verneinen müssen. Mit der gleichen Uebereinstimmung brachten diese Wissenschaftler auch zum Ausdruck, daß die Versuche Dr. Benders in Bonn stark umstritten seien.

Eine interessente Ergänzung der Ausführungen von Kistenmacher waren eine Reihe von Experimenten, die er selbst veranstaltete. Bei dem Unbefangenen mußte trotz gespanntester Aufmerksamkeit der Eindruck entstehen, daß man es hier mit einem Phänomen zu tun habe. Der Experimentator wies jedoch anschließend nach, daß es sich bei all den hochinteressanten Experimenten um reine Täuschungsmanöver, um Taschenspielerkunststückchen gehandelt hat. Sein Vortrag und seine Erläuterungen beweisen eindeutig, wie notwendig es ist, in der Oeffentlichkeit immer wieder darauf hinzuweisen, daß es Hellseherei und ähnliche Dinge wissenschaftlich nachweisbar nicht gibt.

Wird das französische Volk den Opfergang mitmachen?

Lavals Flucht in die Deflation.

Für Frankreich hat jetzt, wie Caillaux kürzlich erklärte, die Zeit der Buße begonnen. Das ganze französische Volk, und am meisten die Wirtschaftsschwachen, muß heute mit harten Opfern für die unabdingbaren Folgerungen einstehen, die sich aus der verschwenderischen Haushaltswirtschaft des Staates, vielfach begründet und veranlaßt durch die Verantwortungslosigkeit der Parteien, ganz zwangsläufig ergeben haben, wenn anders nicht Währung und Staatsfinanzen endgültig zusammenbrechen sollen. Als letzten Ausweg aus der Krise, die den Staat im Innern ernstlich zu erschüttern droht, sieht Laval die Flucht in die Deflation an. Die elf Milliarden, die Laval zum Ausgleich des Staatshaushaltes braucht, werden zum größten Teil auf Kosten der breiten Massen erübrigt. Aus inzwischen bekannt gewordenen Einzelheiten zu den in ihrem wesentlichen Inhalt von uns vorgestern mitgeteilten rigorosen Sparverordnungen geht hervor, daß die Gehälter der Beamten- und Angestellten unter 8000 Franken um 3 v. H. gekürzt werden, die von 8000 bis 10000 Franken um 5 v. H. und die Gehälter über 10 000 Franken (1600 Reichsmark) bereits unter den Kürzungshöchstsatz von 10 v. H. fallen. Auch alle Renten- und Pensionsempfänger werden gleichermaßen betroffen.

In Deutschland versteht man die Erregung und tiefe Niedergeschlagenheit, die das französische Volk nach den Spardekreten der Regierung ergriffen hat, denn wir wissen aus eigener Erfahrung, daß Deflation stets eine opferreiche, gewaltsame Senkung des Lebensstandards bedeutet, trotz der angekündigten Ausgleichsversuche, die in der Preissenkung für gewisse lebenswichtige Bedürfnisse bestehen sollen. Die Erfahrung der Systemzeit haben dem deutschen Volk gezeigt, daß Deflation keinesfalls einen Auftrieb der Wirtschaft bringt, sondern nur ihre weitere Einengung, da die Kaufkraft der breiten Massen zusammenschrumpft und die Staatseinnahmen an Steuern und Zöllen weitgehend verringert werden. Man versteht, wenn Laval in einer Rundfunkerklärung mit einem Appell an Ruhe und Kaltblütigkeit und unter Heranziehung angeblich außenpolitischer Gefahren bei den Franzosen nun Verständnis für sein Notverordnungswerk zu werben versucht. Denn er weiß, daß nichts in dem Rentnerstaat Frankreich unbeliebter und unsympathischer ist als gerade das Anziehen des Schmachtriemens, durch den die Einkommen verringert werden.

Wenn auch die gesamte französische Presse, mit Ausnahme der Oppositionsblätter, sich auf Wunsch der Regierung bemüht, dem Volk die Heilskraft der Sparedekrete einzureden, so wird sich doch mancher Staatsbürger fragen, ob es denn wirklich für das reiche Frankreich mit seinem ungeheuren Goldvorrat gar keinen anderen Weg gab, zu einer Gesundung der Staatsfinanzen zu kommen. Ein Blick in den jährlichen französischen Haushalt zeigt dabei sofort, wo am leichtesten, wirksamsten und schmerzlosesten Einsparungen möglich wären. Das ist der Rüstungsetat, der Frankreichs finanzielle Kraft bei weitem übersteigt. Das Geld, was man für die Armee und die sogenannte Landesverteidigung aus dem französischen Steuerzahler herauspreßt, ist noch dazu völlig unproduktiv angelegt. Irrsinnige Gelder, die nie einen Zins tragen, werden jährlich in eine Rüstung hineingesteckt, die noch dazu angetan ist, das europäische Gleichgewicht aufs ernsteste zu erschüttern. Aber der Heereshaushalt in Frankreich ist ja tabu. Hieran wirklich ernsthaft Abstriche vorzunehmen, wird kein Politiker der Jetztzeit wagen. Im Gegenteil, Armee und Rüstungsindustrie haben es meisterhaft verstanden, von Jahr zu Jahr den Heereshaushalt weiter aufzublähen und Laval ist der Letzte, der es wagen würde, hier wirklich radikale Abstriche vorzunehmen.

Hat es Laval schon einen schweren Kampf gekostet, für sein Notverordnungswerk im Kabinett die notwendige Zustimmung zu bekommen, so wird es ihm noch viel schwerer werden, sich gegenüber der Gegenoffensive, die die Opposition der Parteien bereits mit großem Temperament eingeleitet hat, durchzusetzen. Nachdem Laval alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten hat, wurden bereits für heute abend große Saalkundgebungen des Nationalen Verbandes der ehemaligen Frontkämpfer und der Gewerkschaften anberaumt. Die Oppositionsparteien haben es mit ihrem Kampf gegen die unpopulärsten Maßnahmen, die seit dem Kriegsende in Frankreich ergriffen wurden, wirklich nicht schwer, zumal sie ja auch immer darauf hinweisen können, daß man durch negative Maßnahmen allein niemals einer Krise Herr werden kann, sondern daß Einsparungen nur dann Sinn und Zweck haben, wenn auf der anderen Seite eine positive Aufbauarbeit geleistet wird. Dafür ist aber Laval noch den Beweis schuldig geblieben.

Die Opfer härter als erwartet.

Der Eindruck der Sparverordnungen.

DNB **Paris**, 18. Juli.

24 Stunden nach der Veröffentlichung der 28 Einsparungsgesetze ist die Presse in der Beurteilung zurückhaltender als am ersten Tage, wo man noch den Mut der Regierung bewunderte und die Notwendigkeit der Maßnahmen unterstrich. Daß diese Notwendigkeit fortbesteht, wird nicht geleugnet, aber eine nähere Betrachtung der Verordnungen hat doch gezeigt, daß die vom französischen Volk verlangten Opfer härter sind, als erwartet wurde. Vor allem ist man besorgt, ob den Abstrichen an den Einkommen auch ein entsprechender Ausgleich in der Senkung der Lebenshaltungskosten folgen wird.

Die sozialistische und kommunistische Linke ist sich einig in der Verurteilung der Verordnungen. Sie ermuntern die Opposition, die sich in den von den Gehaltskürzungen betroffenen Beamten- und Angestelltenkreisen zeigt. Obwohl die Regierung jede öffentliche Kundgebung verboten hat, heben die Blätter der äußersten Linken in dicken Ueberschriften den Beschluß der Beamtenverbände und der Eisenbahner hervor, am Freitag abend öffentlich auf dem Opernplatz zu demonstrieren. Es scheint, als ob sich ein außerordentlich starker Widerstand gegen die Regierung herausbilde. Unmittelbare politische Folgen dürften jedoch kaum zu erwarten sein.

In parlamentarischen Kreisen ist die Stimmung gedrückt. Man glaubt jedoch nicht, daß die Finanzkommission noch vor Mitte September zusammentreten wird, um die Maßnahmen der Regierung einer kritischen Nachprüfung zu unterziehen.

Sehr skeptisch äußert sich das „Petit Journal", das als Anhänger einer Inflation seine Meinung in den Worten zusammenfaßt: „Das Deflationsexperiment hat begonnen." In scharfer Opposition steht der „Quotidien", der erklärt, daß Laval weder die Banken anfasse noch die Aktiengesellschaften noch die Steuerhinterzieher. Das Blatt der sozialistischen Gewerkschaften nennt die Regierungsmaßnahmen einen hoffnungslosen Versuch, das wirtschaftliche Regime zu retten. Auf jeden Fall sei es ein Versuch, den man nicht ein zweites Mal werde machen können. Die Katastrophe sei näher gerückt. Der Sozialistenführer Léon Blum beurteilt die Maßnahmen Lavals als einfach, aber falsch; vor allem seien sie ungerecht, weil nicht gleiche Opfer für alle gefordert würden. Die Kleinen hätten die Hauptlasten zu tragen, somit seien die Verordnungen ein Attentat gegen die Gerechtigkeit und zugleich gegen die Nation.

Neue Diskontsenkung.

DNB **Paris**, 18. Juli.

Die Bank von Frankreich ermäßigte ihren Diskontsatz von 4 auf 3½ v. H., der Lombardsatz wurde von 6 auf 5 v. H. und der Satz für Monatsgeld von 4 auf 3½ herabgesetzt.

Zusammenfassung der Zuständigkeit in Kirchenangelegenheiten.

DNB **Berlin**, 18. Juli.

Im Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 80 vom 18. Juli wird folgender Erlaß veröffentlicht:

Auf den Reichsminister ohne Geschäftsbereich Kerrl gehen die bisher im Reichs- und preußischen Ministerium des Innern sowie im Reichs- und preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bearbeiteten kirchlichen Angelegenheiten über.

Wegen der Ausführung dieses Erlasses treffen die beteiligten Reichs- und preußischen Minister nähere Bestimmung.

Berlin, den 16. Juli 1935.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler.
Der Reichsminister des Innern
Frick.
Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
Rust.
Der preußische Ministerpräsident
i. V.
Körner.

Aenderung des Militärstrafgesetzbuches.

DNB **Berlin**, 18. Juli.

Das im Reichsgesetzblatt Nr. 79 vom 17. Juli 1935 Seite 1021 veröffentlichte Gesetz enthält die Aenderungen, die auf Grund des Wehrgesetzes im Militärstrafgesetzbuch erforderlich wurden. Es enthält folgende Grundzüge:

1. Das Militärstrafgesetzbuch ist nicht mehr allein auf Heer und Marine, sondern auf die ganze Wehrmacht abgestellt. Die Ehrenstrafe der Entfernung aus dem Heer oder der Marine wird durch die Ehrenstrafe des Verlustes der Wehrwürdigkeit ersetzt.

2. Für die Wehrpflichtigen des Beurlaubtenstandes werden besondere Strafbestimmungen wieder eingeführt.

3. Die Ehrenstrafe der Dienstentlassung für Mannschaften wird beseitigt, abgesehen von folgenden Fällen:

a) Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bis zu drei Jahren (über drei Jahre Verlust der Wehrwürdigkeit),

b) Gefängnis von länger als einjähriger Dauer wegen vorsätzlich begangener Tat,

c) Unfähigkeit zum Bekleiden öffentlicher Aemter,

d) Anordnung der Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt oder in einer Erziehungsanstalt oder in einem Arbeitshaus oder Untersagung der Berufsausübung.

Auf Grund des Wehrgesetzes gilt als Grundsatz, daß der während der Erfüllung seiner aktiven Wehrpflicht bestrafte Soldat die Strafzeit nach Strafverbüßung nachzudienen hat.

Aufgehobener Uniformbefehl.

DNB **Berlin**, 18. Juli.

Der Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg gibt folgende Anordnung bekannt:

Die Anordnung der Gruppe vom 16. d. M. betreffend ständiges Tragen des Dienstanzuges außerhalb des Berufes wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

SA-Männer! Ihr habt Eure Einsatzfreudigkeit und Einsatzfähigkeit voll und ganz bewiesen! Die elenden Gestalten der Drahtzieher und ihre Gefolgsmänner sind Euch bekannt! Sie werden uns immer bereitfinden.

Die SA wacht!
Heil Hitler!
Der Führer der Gruppe Berlin-Brandenburg,
i. V. Uhland, Gruppenführer.

Die Stahlhelmortsgruppen

des Kreises Dessau-Köthen aufgelöst.

DNB **Dessau**, 17. Juli.

Der Reichsstatthalter in Braunschweig und Anhalt, Loeper, hat mit sofortiger Wirkung die Auflösung sämtlicher Stahlhelmortsgruppen des Kreises Dessau-Köthen wegen Widersetzlichkeit gegen von ihm getroffene Maßnahmen angeordnet.

Eine Reichsvolksoper.

DNB **Berlin**, 18. Juli.

Das Theater des Westens, das schon in den letzten Jahren Opernaufführungen brachte, wird von Beginn der neuen Spielzeit ab im großen Stile als Reichsvolksoper geführt werden. Zum Leiter wurde der bisherige Danziger Generalintendant Generalmusikdirektor Erich Orthmann bestellt. Die Eröffnung des neuen Opernhauses ist zum 15. September in Aussicht genommen.

Der Reichs- und Preußische Minister für Ernährung und Landwirtschaft hat ebenso wie im Vorjahr aus Hausbaltsmitteln 300 000 ℳ zur Förderung des Milchkontrollvereinswesens im Rechnungsjahr 1935 zur Verfügung gestellt. Die Verteilung der Beträge erfolgt durch den Reichsnährstand bezw. durch die Landesbauernschaften.

Eine allzu dreiste Hetzkampagne.

Internationale Brunnenvergifter am Werk.

DNB **Berlin**, 18. Juli.

Unter obiger Ueberschrift veröffentlicht die NSK folgende Ausführungen:

Als Adolf Hitler am 21. Mai in seiner großen Rede von überlegener Warte aus die europäischen Probleme umriß und klare Wege zu ihrer Lösung aufzeichnete, befaßte er sich in Punkt zwölf mit einer der wichtigsten Fragen des europäischen Friedens, mit der Aufgabe der Entgiftung der Atmosphäre von Volk zu Volk.

Er erklärte mit eindrucksvoller Logik:

Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß alle Versuche, durch internationale oder mehrstaatliche Vereinbarungen eine wirksamere Milderung gewisser Spannungen zwischen einzelnen Staaten zu erreichen, vergeblich sein müssen, solange nicht durch geeignete Maßnahmen einer Vergiftung der öffentlichen Meinung der Völker durch unverantwortliche Elemente in Wort und Schrift, Film und Theater erfolgreich vorgebeugt wird.

Eine bezeichnende Illustration für die Richtigkeit dieser Worte des Führers bilden die in diesen Tagen künstlich wiederbelebten Versuche gewisser journalistischen Kreise des Auslandes, eine neue Pressehetze gegen Deutschland zu inszenieren.

Mit den nun sattsam bekannten Praktiken solcher Brunnenvergifter werden die Vorfälle, die sich im Anschluß an jüdische Provokationen in Berlin ereigneten, in beispielloser Weise aufgebauscht und Deutschland wieder einmal als Land finsterster Zustände hingestellt. Ein paar eingeworfene Schaufensterscheiben bildeten den Anlaß größter Sensationsberichterstattung und unverschämtester Beleidigungen des deutschen Volkes. Die amtlichen Feststellungen, durch die diese Vorfälle geklärt worden sind, spielen bei dieser Art von Berichterstattung keine Rolle, sie werden durch ebenso üppige wie verantwortungslose Phantasie ersetzt.

Ein untrügliches Kennzeichen für die zweckbestimmte Absicht, die hinter dieser Kampagne einer Reihe von Auslandsblättern steht, ist die Tatsache, daß alle politischen, religiösen und wirtschaftlichen Krawalle, die diesseits und jenseits des Atlantik gerade in den letzten Wochen zahlreiche Todesopfer gefordert haben und im Zeichen oft brutaler Grausamkeit standen, das Interesse dieser sonderbaren Publizisten nicht zu erregen vermochten, während bei den geringsten Meldungen über irgend welche im Vergleiche zu jenen Ereignissen völlig harmlosen Auseinandersetzungen in Deutschland die Rotationen im Hochdruck zu laufen beginnen. Ob in Mexiko Maschinengewehre gegen Studenten in Stellung gebracht und zehn Demonstranten erschossen werden, ob in Belfast ein Leichenzug beschossen und Militär eingesetzt wird, ob dort Häuser brennen, ob es in Edinburgh zu blutigen konfessionellen Ausschreitungen kommt, ob antijüdische Ausschreitungen in Algier Tote fordern und Verstümmelte den Kampfplatz bedecken — alles das ist uninteressant, denn am Berliner Kurfürstendamm hat es einige erregte Straßenszenen gegeben. Sie müssen dazu herhalten, um das beginnende Verständnis unter den Völkern zu sabotieren.

Denn das ist der wahre Hintergrund dieser Kampagne. Es gibt noch Kreise im Ausland, die glauben, daß es ihr Recht wäre, die Arbeit, die am Frieden der Völker von verantwortungsbewußten Männern geleistet wird, systematisch zu stören, die glauben, daß sie auf die Dauer die Torhüter des gegenseitigen Mißtrauens zwischen den Nationen spielen können.

Wir wissen, daß die Worte, die Adolf Hitler am 21. Mai gerade zu diesem Thema sagte, einen tiefen Widerhall in den Herzen der Völker gefunden haben.

Der in seiner sachlichen Dürftigkeit unverschämte Versuch jenes Teiles der Auslandspresse, der hier zur Debatte steht, die öffentliche Meinung der Völker in skrupelloser Weise irrezuführen, wird dazu beitragen, daß diese Völker selbst sich die richtige Meinung über jene Brunnenvergifter bilden.

Der Adolf-Hitler-Marsch der Hitler-Jugend.

DNB **Berlin**, 18. Juli.

Der Reichs-Jugend-Pressedienst teilt mit:

Zum diesjährigen Reichsparteitag veranstaltet die Hitler-Jugend einen großen Bekenntnis- und Propagandamarsch durch ganz Deutschland, der die Einheit der gesamten deutschen Jugend und den Leistungswillen der jungen Generation eindrucksvoll bezeugen soll: den Adolf-Hitler-Marsch. Aus allen Gebieten der HJ. marschieren die Marscheinheiten mit sämtlichen Bannfahnen auf vorgeschriebener Marschstrecke nach Nürnberg. Am Tage der Eröffnung des Parteitages, am 10. September, treffen die Formationen in der Stadt der Parteitage ein und werden dort zu einer großen HJ.-Fahnen-Einheit zusammengestellt.

Aus den Standorten der 25 Gebiete der HJ. marschieren die für den Adolf-Hitler-Marsch sorgfältig zusammengestellten Marschformationen in einer Stärke von etwa 50 bis 100 Hitler-Jungen und Führern, je nach der Länge des zurücklegenden Weges, Ende Juli bis Anfang September ab. Das Gebiet Ostland, das den längsten Anmarsch hat, versammelt bereits am 20. Juli seine Fahnenabordnungen am Königsberger-SA-Ehrenmal, wo sie in einer schlichten Feier verabschiedet werden. Der Marsch der Abordnungen geht zunächst bis Pillau, von wo sie ein Dampfer des Seedienstes Ostpreußen nach Swinemünde bringt. In 35 Marschtagen geht es dann von der Ostseeküste über Stettin, Angermünde, Berlin, Potsdam, Wittenberg, Leipzig, Gera, Hof, Bayreuth nach Nürnberg. Die Marschleitung dieser Abordnung beträgt nahezu 800 Kilometer, die Gesamtmarschstrecke aller Gebiete beläuft sich auf 10 000 Kilometer, also mehr als ein Viertel des Erdumfangs.

Da selbstverständlich während des Marsches Körperertüchtigung getrieben wird, gibt er auch die beste Gelegenheit zur Abnahme der Prüfungen für das HJ-Leistungsabzeichen.

Im Laufe des 10. September treffen die Abordnungen aller Gebiete in Nürnberg ein. Die 341 Fahnen mit den 1500 Begleitern werden zur HJ-Fahneneinheit zusammengestellt und zur Besichtigung durch den Reichsjugendführer und zum Vorbeimarsch am Führer einheitlich ausgerichtet.

Nach dem Eintreffen der insgesamt 45 000 Hitler-Jungen am 13. September treten die am Adolf-Hitler-Marsch beteiligten Fahnenabordnungen zu ihren Gebieten und kehren auch mit diesen im Sonderzug in ihre Heimat zurück.

Ueberfall auf Faschisten in London.

£ **London**, 18. Juli.

In Camden Town (Südwestlondon) wurden im Anschluß an eine faschistische Versammlung 15 Schwarzhemden und zwei Frauen von einer Menschenmenge von etwa 600 Personen bedroht. Sie flüchteten sich in eine Garage und mehrere von ihnen wurden durch Flaschen und andere Wurfgeschosse verletzt. Auf einen telefonischen Hilferuf hin trafen 50 Polizisten, teils im Kraftwagen, teils zu Pferde an Ort und Stelle ein und ermöglichten den Belagerten einen ungestörter Abzug. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Roosevelts Pechsträhne.

Sein gesamtes Agrarprogramm und wichtige Teile seiner Sozialreform in Frage gestellt.

Immer neue Gerichtsentscheidungen gegen die Regierung.

§ **Washington**, 18. Juli.

Roosevelts großes Reformprogramm für eine Neuordnung und Besserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten wird mit jedem Tag mehr gefährdet. Nachdem die Nira-Gesetzgebung vor wenigen Wochen durch Entscheidung des Obersten Bundesgerichtes in ihrem wesentlichen Teil für ungültig erklärt worden ist, werden jetzt fast täglich an den Bundesgerichten Urteile gefällt, durch die ein Stein nach dem andern aus dem großen Gesetzesgebäude Roosevelts herausgebrochen wird.

Nachdem zu Anfang der Woche das Bundesberufungsgericht in Cincinati entschieden hat, daß der Regierung in in Washington keinerlei Enteignungsrecht zur Erstellung von Wohnsiedlungen zustehe, und damit der größte Teil des Rooseveltschen Programm zur Errichtung von Wohnhäusern für Minderbemittelte vorerst illusorisch gemacht wurde, scheint die Pechsträhne Roosevelts noch nicht abzureißen. So wird heute von neuen Niederlagen der Regierung vor den Bundesgerichten berichtet.

Das Bundesberufungsgericht in Boston entschied, daß die auf Grund des Gesetzes über die landwirtschaftliche Ausgleichsbehörde erlassenen Verarbeitungssteuern verfassungswidrig seien. Diese Entscheidung stellt die Durchführung des gesamten Landwirtschaftsprogramms der Regierung in Frage.

Die Bundesgerichtsentscheidung erging im Prozeß einer Viehgesellschaft, die die Rückerstattung von Verarbeitungssteuern in Höhe von 81 694 Dollar verlangt hatte. Während die Vorinstanz zugunsten der Regierung entschieden hatte, entschied nunmehr das Bundesberufungsgericht, daß die Bestimmung des oben erwähnten Gesetzes, auf Grund deren nahezu eine Milliarde Dollar Verarbeitungssteuern erhoben worden sind, verfassungswidrig sei. Darüber hinaus erklärt das Gericht, daß der Kongreß mit dieser Gesetzgebung in ein Gebiet eingedrungen sei, über das er keine Kontrolle gehabt habe. Da diese Entscheidung die Befugnis der Regierung zur Fortführung ihres gesamten Agrarprogramms — Kontrollierung der Produktion von Baumwolle, Tabak, Fleisch und Vieh — in Frage stellt, wird die Regierung sofort Berufung beim Oberbundesgericht einlegen.

Wenn auch die Tragweite solcher Gerichtsentscheidungen, weil sie nur jeweils für einen Staat Geltung haben, nicht überschätzt zu werden braucht, so muß doch die dauernde Gefährdung der gesetzgeberischen Maßnahmen Roosevelts durch Bundesgerichtsentscheidungen zu einer Unsicherheit führen, die schwere wirtschaftliche Schäden im Gefolge hat. Roosevelt will zwar Berufung einlegen, aber da das oberste Bundesgericht erst im Herbst wieder zusammentritt, wird die Unsicherheit über das endgültige Schicksal der wichtigsten Punkte des neuen Gesetzes wenigstens bis in den Winter hinein dauern. In der Pressekonferenz am Mittwoch

wandte sich Präsident Roosevelt mit Nachdruck gegen „Zeitungskönige und andere Millionäre", die aus Furcht vor der Erbschaftssteuer die Arbeiten des Kongresses zu sabotieren und die baldige Vertagung vor der Verabschiedung der Steuerreform zu erzwingen versuchten. Präsident Roosevelt erklärte, er bestehe darauf, daß alle wichtigen schwebenden Gesetzentwürfe noch in dieser Session erledigt werden,

weil im nächsten Jahr, wenn der Wahlfeldzug alle Gemüter beschäftigt, noch weniger Aussicht auf sachliche Arbeit vorhanden sei als jetzt. Deswegen soll möglichst reiner Tisch gemacht werden.

Der Kongreß selbst hat zu wiederholten Malen in der letzten Zeit gegen den Präsidenten entschieden. Wie gefährlich man im demokratischen Lager die Lage ansieht, darüber gibt eine politisch sehr wichtige „Angelpartie" in der Nähe von Washington Kenntnis. Roosevelt hatte zu dieser Angelpartie alle Führer der demokratischen Partei geladen, bevor sie sich auf ihre großen Erkundungs- und Propagandareisen durch die Vereinigten Staaten begäben. Man glaubt, daß auf dieser politischen Angelpartie sehr wichtige Entscheidungen über die amerikanische Innenpolitik gefällt worden sind.

Die Gegner Roosevehts betonen, daß sein neuer Kurs in Wirklichkeit ein ungesetzliches Experimentieren mit unerprobten und unerwünschten Reformideen sei, wie die Entscheidungen in der Goldfrage, in der Angelegenheit der Nira und in den oben erwähnten Punkten gezeigt haben.

Neue Niederlage Roosevelts im Senat.

DNB **Washington**, 18. Juli.

Der Senat hat mit 44 gegen 41 Stimmen beschlossen, aus dem Zusatz zu der Vorlage, durch die die Befugnisse der Agrarbehörde erweitert werden sollen, die Bestimmung zu streichen, die den Landwirtschaftsminister Wallace ermächtigt, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse festzusetzen.

Dies ist eine neue Niederlage für die Regierung Roosevelts, die diese Bestimmung als den wichtigsten Teil der Vorlage bezeichnete.

Der Prozeß Sasse.

Fortführung der Beweisaufnahme. – Vernehmung des Vikars Rupieper.

Zweiter Tag.

§ **Siegen**, 18. Juli.

Nach der am Mittwoch nachmittag stattgefundenen Ortsbesichtigung durch das Gericht wurde am Donnerstag morgen in der Beweisaufnahme fortgefahren. Während am Vortag die eigentlichen Tatzeugen vernommen werden konnten, mußten am zweiten Verhandlungstag etwa 40 weitere Zeugen ihre Bekundungen machen.

Als erster Zeuge tritt der Arbeitsmann Bölke auf. Er traf in der Wirtschaft Erwes mit dem Angeklagten zusammen, der angetrunken war. Nach den Aussagen dieses Zeugen hat der Angeklagte in der Wirtschaft gestänkert und sein Katholischsein betont. Ein Kamerad dieses Zeugen macht darauf aufmerksam, daß er selber Katholik sei, weshalb er sich beruhigen könne. Darauf erwidert der Angeklagte, er ginge trotz der Mahnungen noch nicht nach Hause. Er müsse erst mal etwas erledigen. Durch die Besonnenheit der Arbeitsmänner kam es zu keiner weiteren Aeußerung über religiöse Dinge.

Dr. Velte in Kirchhundem ist zur Tatstelle gerufen worden und hat in der Wirtschaft Siebert den Tod des Arbeitsdienstmannes Koch festgestellt. Er wurde auch zu dem Angeklagten gerufen, der verletzt und mit einer Wunde am Kopf angetroffen wurde. Als der Angeklagte ins Krankenhaus gebracht werden sollte, so führt der Zeuge aus, sei er sehr erregt gewesen. Der Arzt hatte den Eindruck, daß der Angeklagte zwar angetrunken, aber nicht betrunken war. Der Angeklagte habe durcheinandergesprochen und auch geäußert: „Ich laß mir an meinen Glauben nicht herankommen." Auf die Frage des Oberstaatsanwalts gibt der Zeuge Dr. Velte an, Sasse könne eine leichte Gehirnerschütterung erlitten haben. Als Leumunszeugen stellt er dem Angeklagten ein allgemein günstiges Zeugnis aus.

Immer wieder bestätigen die Zeugen, daß der Angeklagte im nüchternen Zustand ein tadelloser Mensch sei. Wenn er jedoch getrunken habe, sei er ein kritischer Mensch. Medizinalrat Dr. Polle aus Olpe hat die gerichtliche Leichenschau des getöteten Koch vorgenommen und festgestellt, daß die kleine Einschußöffnung auf der linken Brustseite sich befand, während der Ausschuß im Rücken etwas seitlich und nach unten verlief. Es könne mit Sicherheit angenommen werden, daß der tödliche Schuß nicht unter einer Entfernung von 25 Zentimeter abgegeben worden sei. Die Todesursache bei Koch sei Herztod gewesen. Augenarzt Dr. Geller hat den Angeklagten im Jahre 1933 behandelt. Er gibt an, der Angeklagte sei auf dem rechten Auge erblindet. Das Sehvermögen des linken Auges sei mit Glas auf 5/5 Sehstärke vorhanden. Zeuge Grünewald, der Jagdherr des Angeklagten, kann über denselben nichts Ungünstiges aussagen. Auf Befragen des Vorsitzenden gibt der Zeuge an, der Angeklagte habe sich im positiven Sinne zum neuen Staat bekannt. Sasse, der Angeklagte, sei im übrigen ein hilfsbereiter Mensch. Land- und Gastwirt Erwes aus Kirchhundem sagt als Nachbar des Angeklagten aus, Sasse sei seiner 13köpfigen Familie ein guter Vater gewesen. Er schließt mit den Worten: „Solch einen Mann muß man doch lieb haben."

Der Zeuge Lübke, der nunmehr vernommen wird, ist Führer innerhalb der Hitlerjugend und wird über einen Zusammenstoß mit dem Vikar Rupieper gehört. Der Zeuge unternahm mit einer Einheit der Hitlerjugend einen Propagandamarsch durch Kirchhundem, nachdem er zuvor an dem katholischen Gottesdienst in der katholischen Kirche teilgenommen hatte. Diese Notwendigkeit des Propagandamarsches habe sich ergeben, weil die Jugend in Kirchhundem einen schweren Stand habe. Als die Jugend die Trommel vor dem Hause des Friseurs Henkel gerührt hätte und der Zug der Hitlerjugend in der Nähe der Kirche vorübergezogen sei, wäre plötzlich Vikar Rupieper auf ihn zugesprungen und habe gesagt: „Heda, warten Sie mal!" Der Vikar habe dann zu ihm gesagt: „Wissen Sie nicht, daß Sie innerhalb der Bannmeile der Kirche bis 11,30 Uhr vormittags nicht spielen und singen dürfen?" Der Zeuge erwiderte, er habe nie daran gedacht, den Gottesdienst zu stören.

Professor Dr. Popp aus Frankfurt, der bekannte Chemiker und Arzt, berichtet als Sachverständiger über seine Feststellungen und zeigt dem Gericht, wie der Arbeitsmann vor dem verhängnisvollen Schuß gestanden haben könnte. Das erklärt sich durch die eigenartige Stellung des Arbeitsmannes Koch, der wahrscheinlich mit vorgestreckten Armen gegen seinen Angreifer, den Angeklagten, vorgegangen sei. Der Verteidiger bespricht mit Professor Dr. Popp die Möglichkeit, ob das tödlich wirkende Geschoß erst auf die Erde geraten, dann hoch gestiegen und zuletzt an den Arbeitsmann gekommen sein könne.

Unter großer Aufmerksamkeit der Zuhörer und des Gerichts beginnt dann die

Vernehmung des Vikars Rupieper

aus Kirchhundem. Da ein besonderes Verfahren gegen ihn schwebt, wurde er aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Vikar ist seit Dezember 1934 in Kirchhundem tätig und unterstand dem dort amtierenden 67jährigen Pfarrer. Der Vorsitzende an den Zeugen gewandt:

„Es wird behauptet und es sind auch Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß seit Ihrer geistlichen Tätigkeit in Kirchhundem das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und dem Freiwilligen Arbeitsdienst ein gespanntes geworden sei."

Vikar Rupieper erklärt, es hätten sich gleich am ersten Sonntag seiner Anwesenheit in Kirchhundem Schwierigkeiten ergeben wegen des Besuches des Gottesdienstes durch die Arbeitsmänner. Der Führer habe angeordnet, daß den Arbeitsmännern Gelegenheit zu geben sei, den Gottesdienst zu besuchen. Die erste Schwierigkeit in dieser Hinsicht habe sich am 8. Dezember des vergangenen Jahres ergeben. Er habe weder katholische Arbeitsmänner zu sich eingeladen, noch von ihnen Auskünfte erbeten. Die entstandenen Schwierigkeiten hingen nach der Meinung des Zeugen mit dem Führerwechsel im Lager zusammen.

Von dem Vorsitzenden werden im weiteren Verlauf der Vernehmung dem Zeugen zahlreiche Vorwürfe gemacht, gegen die sich Vikar Rupieper wehrt. Es wird ihm insbesondere vorgeworfen, daß er gelegentlich abfällige Aeußerungen über die Regierung und Partei getan und daß er dem Oberfeldmeister Zimmermann den Deutschen Gruß verweigert habe. Dazu erklärt Vikar Rupieper, daß ihn der Oberfeldmeister Zimmermann, mit dem er eine Auseinandersetzung gehabt habe, in unhöflicher Form gegrüßt habe. Ein zweites Mal habe ihn der Oberfeldmeister nochmals gegrüßt. Dabei habe er allerdings den Gruß verweigert. Im übrigen

bestreite der Zeuge die ihm zur Last gelegten Aeußerungen.

Wegen der immerhin auffälligen Grußverweigerung erklärt der Vorsitzende, es sei doch angebracht gewesen, wenn er, der Vikar, sich mit seinem alten und erfahrenen Pfarrer ins Benehmen gesetzt hätte. Auf weitere Vorwürfe, die dem Zeugen gemacht werden, erklärt der Vikar,

er stünde voll und ganz hinter dem Führer.

Er habe zu jeder Sammlung beigesteuert und niemanden von seiner Tür gewiesen. Zu dem Vorfall mit Lübke erklärte er, es habe an dem fraglichen Sonntag in der Kirche im Anschluß an den ordentlichen Gottesdienst ein Ehevorbereitungskursus stattgefunden. Während noch die Kommunion ausgeteilt worden wäre, hätten draußen die Landsknechtstrommeln gedröhnt. Darauf habe er den Führer der Gruppe, den Zeugen Lübke, in anständiger Form und ohne Erregung auf die regierungsseitige Verfügung aufmerksam gemacht, wonach in der Bannmeile der Kirche während der Gottesdienste nicht gespielt werden dürfe.

Zu dem Vorfall am 1. Mai vernommen, macht Vikar Rupieper Aussagen, die einiges Aufsehen erregten. So erklärte er, er sei am Abend des 1. Mai mit dem letzten Zug von der Bahn gekommen. In seiner Begleitung habe sich außer seiner Schwester eine Bekannte befunden. Als sie vor der Vikarie gestanden hätten, habe die Schwester ihm bedeutet, bei der Wirtschaft Siebert sei etwas los. Dort stehe inmitten uniformierter Männer „der Alte von Grünewald" (der Angeklagte). Damals habe er den Angeklagten kaum gekannt. So bei drei Gelegenheiten sei er flüchtig mit ihm in Berührung gekommen. Als er und seine Schwester kurze Zeit darauf zur Ruhe gegangen seien, hätten sie plötzlich Unruhe von der Straße her vernommen. Und als er ans Fenster gegangen sei, habe er eine Stimme gehört, die gerufen habe: „Ich gehe jetzt zur Post und rufe den Ueberfall an." Darauf seien vier bis fünf Uniformierte gekommen und hätten gerufen: „Wo ist der Kerl, haben Sie ihn nicht gesehen?" Bei der Gruppe der Uniformierten habe der SA-Mann Müller gestanden. Ehe der Pfiff des Obertruppführers Weisbach kam, sei kein Schuß gefallen. Seine Schwester sei nach dem ersten Schuß sehr erregt zu ihm ins Zimmer gelaufen.

Nach diesen Aussagen richtet der Vorsitzende die Frage an den Zeugen Rupieper, ob er diese seine Aussagen auch beschwören könne? Der Zeuge antwortete mit Ja. Darauf der Vorsitzende: „Es sind aber Zeugen da, die einwandfrei bekunden, daß erst nach dem ersten Schuß der Pfiff des Obertruppführers abgegeben worden sei. Der Zeuge beharrt bei seiner Meinung und behauptet, es könne sich bei dem nachfolgenden Schuß nicht um einen Widerhall des ersten gehandelt haben. Nach den zwei ersten Schüssen seien noch vier, vielleicht auch fünf weitere Schüsse gehört worden.

Nach dieser Aussage wird der Zeuge nach seinen Beziehungen zu dem Angeklagten Sasse befragt. Den will er nur wenige Male flüchtig gesehen und gesprochen haben. Der Zeuge erklärt weiter, er habe bei seinen Predigten nie über Politik gesprochen. Zu einem von dem Vorsitzenden erwähnten Vorfall in Köln, bei dem der Zeuge in Zivilkleidung die Fahne des Reiches nicht gegrüßt haben soll, gibt der Zeuge Erklärungen, um dazutun, daß ihm nie eingefallen sei, den Fahnen des neuen Reiches die Ehre zu versagen. Es wird dem Zeugen Rupieper ferner der Vorwurf gemacht, er habe bei seiner Anwesenheit in Köln mit einem Auslandsausweis gearbeitet. Darauf sagt der Zeuge, daß auf diesem Ausweis deutlich vermerkt gewesen sei, daß er ein Deutscher sei.

Zu der Frage der Beziehungen zur Hitlerjugend erklärt Vikar Rupieper, er sei um ein gutes Einvernehmen zwischen der Hitlerjugend und der katholischen Jugend bemüht gewesen. Wenn die Hitlerjugend Veranstaltungen angesetzt hätte, wäre er immer bereit gewesen, die Zusammenkünfte der katholischen Jugend oder kirchlichen Vereine zu verlegen.

Von der Oberstaatsanwalt wird die Frage erhoben, ob der Zeuge nicht von dem Besitz des Frontkämpferabzeichens und des Schlageterkreuzes gesprochen habe, ohne dazu berechtigt gewesen zu sein. Der Vikar erklärt dazu, daß er im Jahre 1917 als Einjährig-Freiwilliger in den Kriegsdienst getreten sei. Nachdem er an Lungenentzündung erkrankt sei, wäre er garnisondienstfähig geschrieben worden. An den Kämpfen gegen die Kommunisten habe er sich beteiligt. Aus dieser Tatsache heraus habe er einmal erwähnt, ihm stehe das Schlageterkreuz auch zu.

Nochmals kommen die Vorgänge vom 1. Mai zur Sprache. Insbesondere wird der Vorwurf berührt, wonach der Vikar als Geistlicher dem sterbenden Koch nur zögernd und gleichgültig die Sakramente erteilt haben soll. Gegen diesen Vorwurf wehrt sich Vikar Rupieper mit dem Hinweis, daß er später gerufen worden sei als der Arzt, daß er aber noch vor diesem auf dem Wege zur Kirche bei dem verletzten Koch gewesen sei. Dies sei der beste Beweis, daß er nicht gesäumt habe, dem schwer verwundeten Koch die letzte Oelung zu spenden.

Nach der Vernehmung des Zeugen Vikar Rupieper wird noch eine Anzahl anderer Zeugen vernommen, die aussagen, daß Sasse manchmal leichtsinnig mit seiner Waffe hantiert habe.

Die Schwester de Zeugen Vikar Rupieper wird dann als Zeugin vernommen. Sie bestätigt im wesentlichen die Aussagen ihres Bruders, soweit sie zu demselben Thema auszusagen hat. Nur in dem einen wesentlichen Punkt, wo es sich um die Feststellung handelt, ob vor dem Pfiff oder nach demselben der erste Schuß gefallen sei, kann die Zeugin nicht mit Bestimmtheit sagen, wie es war.

Dann wurde noch eine Reihe weiterer Zeugen vernommen.

Dr. Ley vor den Studenten der Reichsführerschule.

DNB **Berlin**, 17. Juli.

In der Reichsführerschule der NSDAP in Bernau hielt Dr. Ley eine Rede, in der er u. a. ausführte:

„Auch ich war einmal jung wie Sie, ein junger, krasser Fuchs auf deutschen Hochschulen. Ich will keineswegs über die damalige Zeit rechten, ich denke mit Dankbarkeit an manchen guten Kameraden und manchen guten Brauch zurück. Aber es ist doch so vieles falsch gemacht worden, daß das Negative das Positive bei weitem überwog.

Wir wissen, daß wir auch heute noch Gegner haben, die absolut unseren Kurs nicht mitmachen wollen. Wir wissen es genau, aber wir wissen auch, daß wir mit diesen Gegnern fertig werden. Die kleine Gruppe jener Beharrlichen, die vom Beharrungsgesetz diktiert werden, steht abseits; sie zahlen ihre Steuern, sind artig und warten auf das Paradies. Wenn sie das Paradies nicht in dieser Welt finden, erhoffen sie es in einer anderen Welt.

Sie nennen uns Heiden und Ketzer, aber ein einziger Kampf in den vergangenen Jahren hat uns mehr Religion gegeben als alle Theologie und alle Pfarrer zusammen! Das Höchste ist das Kameradschaftsgefühl, das Wissen um die Dinge, das Beisammensein mit unseren Mitkämpfern, das Auge-in-Auge-stehen mit ihnen, das ist für uns die höchste Religion."

Falschgeld am Fahrkartenschalter.

Sechs Kassierer des Warschauer Hauptbahnhofes verhaftet.

DNB **Warschau**, 17. Juli.

Die Warschauer Polizei hat unter den Kassenbeamten des Warschauer Hauptbahnhofs eine umfangreiche Betrugsaffäre aufgedeckt, die zur Verhaftung von sechs Kassierern der Fahrkartenschalterabteilung führte. Wie festgestellt worden ist, haben diese Kassierer lange Zeit hindurch in engster Fühlung mit einer Falschmünzerbande gestanden, die ihnen gefälschtes Silbergeld in Zwei-, Fünf- und Zehn-Zloty-Stücken zur Hälfte des Nennwertes lieferten. Die Kassierer bewahrten die Falschstücke in besonderen Fächern neben ihren Schaltern auf und gaben sie an einige Reisende, die beim Lösen von Fahrkarten größere Scheine wechselten, in Zahlung.

Der Reichsminister hat bis auf weiteres die Vergütung für Quartierverpflegung, die auf Grund des Naturalleistungsgesetzes in Anspruch genommen wird, auf 1,37 ℳ festgesetzt.

Nach einem Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern haben alle Beamten bis zum 1. September dieses Jahres eine Erklärung über frühere oder noch bestehende Zugehörigkeit zu Freimaurerlogen, anderen Logen oder logenähnlichen Organisationen oder deren Ersatzorganisationen abzugeben. In der Erklärung ist auch anzugeben, ob der Beamte in den Logen usw. ein Amt, einen Grad oder eine ähnliche Stellung bekleidet hat. Der Erlaß sagt, daß vorläufig Folgerungen aus diesen Erklärungen nicht gezogen würden.

Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht besichtigt am 19. Juli die Standorte des Heeres und der Luftwaffe in Kassel und wohnt am 20. Juli Pionierübungen an der Weser bei.

Aus Westdeutschland.

Die 15 Knappen zu Grabe getragen.

Trauerfeier für die Todesopfer des Explosionsunglücks auf Zeche „Adolf von Hansemann".

Die Trauerhandlung auf dem Zechenplatz.

te **Dortmund-Mengede**, 19. Juli.

Der anbrechende Begräbnistag sieht den Stadtteil Mengede in tiefem Trauergewand, das völlig dem Ernst des Tages angepaßt ist. Halbmast wehen die Fahnen von jedem Haus. Von den Fahnenstöcken der öffentlichen Gebäuden flattern die umflorten Farben des Reiches. An den Häusern, in denen Anverwandte der Toten wohnen, sind Fenster oder Türen mit schwarzem Tuch eingeschlagen. Ernste Menschen auf den Straßen, das ungewisse trübe Wetter paßt zu der drückenden Stimmung, die jeden überfällt, der sich dem Orte des Unglücks nähert. Die Straßen, die zur Zeche „Hansemann" führen, sind schon früh verstopft von Fahrzeugen aller Art. Bis weit in den Ort und auf den Straßen, die der Trauerzug passieren wird, bilden SA-, SS- und NSBO-Leute Spalier, hinter dem sich bereits Stunden vor Beginn die Menschenmassen anstauen. Aus allen auch weiter entfernt liegenden Orten der Umgebung sind Tausende nach Mengede gekommen, um die toten Knappen auf ihrem letzten Wege noch einmal zu grüßen. Eine ernste Stille schlägt um die vielen den Bann, den die Ehrfurcht vor dem Tode bestimmt.

Der Zechenplatz ist umweht von umflorten Fahnen, die ihn auf hohen Masten rings umschließen. In der Front vor der Lohnhalle hat die Reihe der 15 Särge Platz gefunden. Vor ihnen sitzen die Angehörigen, deren Schmerz in ergreifendem Ausdruck auf den verhärmten Gesichtern steht. Sanitätsmannschaften und Pflegeschwestern der NSV bemühen sich um die ohnmächtig gewordenen Mitglieder der großen Hinterbliebenenfamilie. Der Abschied von den lieben Toten, das Unfaßbare der jähen Trennung und die Zerrissenheit im Leid lassen Szenen entstehen, welche die ganze Schwere des Unglücks jedem persönlich so nahe bringen, daß er sich im Innersten mitgerissen fühlt. — Ein Heer von Kränzen bedeckt die Särge. Immer neue Abordnungen treten hinzu und grüßen die toten Kameraden. Die hohen brennenden Bogenlampen vor der Lohnhalle, mit Trauerflor verhängt, ragen in den trüben Vormittagshimmel. Zahlreiche Fahnen der verschiedenen Formationen gruppieren sich um den Platz. Knappen in Uniform treten hinter die Särge mit brennenden Grubenlampen.

Die Trauerfeier.

Die Trauergemeinde füllt das Viereck bis auf den letzten Platz, als die Ehrenhandlung beginnt. Unter den Trauergästen bemerkt man u. a. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, der Vertreter des Ministerpräsidenten Hermann Göring, Herbert Göring, Regierungspräsident Dr. von Stockhausen-Arnsberg, Oberbürgermeister Dr. Banike-Dortmund, SA-Gruppenführer Schramme, Oberberghauptmann Schlattmann-Berlin, Generaldirektor Brandi, Generaldirektor Dr. Vögler, Treuhänder der Arbeit, Hahn, den stellvertretenden Gauleiter Stürtz Gauwalter Stein und zahlreiche Vertreter der Wehrmacht, der verschiedenen Organisationen und Formationen.

Zunächst spricht Generaldirektor Dr. Brandi als Vertreter der Gelsenkirchener Bergwerks-AG.

Oberberghauptmann Schlattmann

überbringt das tiefempfundene Beileid der deutschen Reichs- und preußischen Staatsregierung. Die Bergbehörde hat die Aufgabe, für das Wohl und die Gesundheit der Bergleute zu sorgen. Bergarbeit kann nicht ohne Opfer getan werden. Diese Opfer möglichst klein zu halten, ist die erste Pflicht der Betriebsführung, der Gefolgschaft und vor allem die Aufgabe der Bergbehörde. Daß wir diese Aufgabe erfüllen wollen, das geloben wir angesichts der Särge unserer gefallenen Kameraden!

Dann spricht

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley:

Arbeit ist Kampf, und das Leben ist nur dann wert, wenn es erkämpft wird. Heute haben wir wieder die Pflicht, Menschen zu gedenken, die Kameraden in der Arbeit für uns waren und die Volksgenossen unseres Volkes sind. Es ist eine der ersten Ehrenpflichten und zugleich ein Gedenken an all die, die im Laufe der Geschichte unseres Volkes mit ihrer Arbeit die Werte schufen, die wir zu erhalten und zu vermehren haben. Ihr, meine lieben Hinterbliebenen, trauert, trauert mit uns allen und wir mit Ihnen um diese Helden, die auf dem Felde der Arbeit fielen. Ich hatte die traurige Ehrenpflicht, dem Führer den Tod dieser Tapferen zu melden. Er läßt Ihnen durch mich sein Beileid ausdrücken und ich kann Sie versichern, Ihr, meine lieben Hinterbliebenen, es ist nicht das übliche Beileid wie früher sondern es ist tiefempfunden; heute in unserem herrlichen Deutschland sind wir eine große Familie, und wenn einer von uns fällt, so empfinden wir, daß ein Herzstück uns hinweggerissen wurde. Kaum haben wir die Opfer von Reinsdorf zu Grabe getragen, und schon sind wir wieder hier in Dortmund. Ueber allem steht aber eine heilige Mission, eine Mission, die der Herrgott jedem einzelnen gibt, und wehe dem, der zaghaft und feige beiseite stehen und dem Schicksal entrinnen möchte. Das Schicksal — es fordert gerade den, der ihm trotzig etwas abringen will. Ihr Toten seid gefallen in diesem Kampf um Deutschlands Größe und Ehre auf dem Schlachtfelde der Arbeit, und so werdet Ihr Toten ewig in unserer Mitte sein. Das ist keine bloße Phrase mehr, sondern dieses Gedenken wird sich eingraben in unsere Herzen, Ihr, die unbekannten Bergleute, die ihr das Schicksal Deutschlands mitzimmert und mitgezimmert habt, als das Symbol des Heldentums, der Tapferkeit, des Ringens mit dem Schicksal um den Preis der Freiheit. Und so möge auch Ihnen, Ihr lieben Hinterbliebenen, der Trost bleiben, die Tapferen sind nicht umsonst gefallen. Aus dem Tod dieser Helden und all derer, die vorangegangen sind, erwächst ein neues Deutschland, erwächst neues Leben, denn wir haben den Tod überwunden, weil wir eine Hoffnung in uns tragen, und diese Hoff-

Pfarrer Koch von der Remigius-Pfarrei Dortmund-Mengede weist in seinen Ausführungen auf das ewige Leben im Jenseits hin und verliest vor dem Gebet für die Verunglückten ein Schreiben des Erzbischofs von Paderborn.

Für die evangelische Kirchengemeinde faßt Pastor Dr. Stenger das Mitgefühl und den Trost in erhebende Worte, die vor allem bei dem Eingehen auf die familiären Verhältnisse der Hinterbliebenen packen. Nach seinem Gebet schließt die Sängervereinigung Mengede die Trauerfeier mit dem Grablied von Wild.

Ein gewaltiger Trauerzug.

Während die Bergkapelle in gedämpftem Klang den Choral „Jesus, meine Zuversicht" intoniert, nähern sich die Mitglieder des Segelfliegersturmes, der SA, der PO und der Knappenvereine, denen der eine oder andere Tote angehörte und deren Vertreter die Ehrenwache vor den Särgen bildet, um die noch auf den Särgen liegenden Kränze zu sammeln und den Leichenwagen voranzutragen. Der Schmerz der Angehörigen bricht abermals mit aller Macht hervor. Die Fahnenformationen haben bereits den Vorplatz verlassen, um sich an die Spitze des Trauerzuges zu stellen. Als die flachen pferdebespannten, mit schwarzem Tuch verhängten Leichenwagen das Zechentor auf dem Wege zum Friedhof passieren, recken sich die Arme der spalierbildenden Zuschauer in stummem Gruß empor. Eine weihevolle Stille liegt über den Menschen, nur durchbrochen von dem Schluchzen der Angehörigen, die dem letzten der vier Leichenwagen folgen. Diese selbst sind flankiert von zwei Gliedern von Bergleuten mit angezündeten Grubenlampen in ihrer Traditionstracht. Links und rechts begleiten SA-Männer mit brennenden Pechfackeln die Wagen mit den 15 Särgen. Der Trauerzug, der über eine Stunde in Anspruch nahm, bewegte sich langsam durch die mit Tausenden und aber Tausenden besetzten Straßen dem evangelischen Friedhof zu.

Am Grabe der Fünfzehn.

Der evangelische Friedhof konnte die Massen des Trauergefolges nicht fassen. Tausenden, die sich dem Leichenzuge angeschlossen hatten, war es dadurch verwehrt, den Toten einen letzten Gruß zu bieten. An dem offenen, in großem Viereck ausgeworfenen und mit Tannengrün ausgelegten Gemeinschaftsgrabe nahmen die Ehrenstürme der SA — die Brigade 17 ist geschlossen in Mengede angetreten —, die Ehrenabordnungen der DAF und PO und die vielen Fahnenträger Aufstellung. Die Särge werden einzeln von je sechs Bergknappen in das Grab getragen, während die Kapelle spielt: „Ich hab' mich ergeben".

Als erster tritt Pastor Dr. Senger an das Grab, um den zehn evangelischen Toten ein stilles Gebet zu widmen. Pfarrer Koch ergreift für die katholische Geistlichkeit das Wort und spricht dann die am Grabe vorgeschriebenen Totengebete, um dann unter dem feierlich-ernsten Schweigen der Menge die Einsegnung vorzunehmen.

Nun beginnt die große Zahl der Kranzniederlegungen. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley läßt einen großen Kranz niederlegen. „Im Namen des Führers, im Namen der Partei, der Arbeitsfront und des deutschen Volkes sage ich Euch Dank und ein letztes Lebewohl. Euer Opfer gibt uns Kraft zu weiterem Ringen um Deutschlands Freiheit. Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen." Gruppenführer Schramme überbringt den letzten Gruß des Stabschef der SA, Lutze.

Zum letzten Mal senkten sich die Fahnen. Das Lied vom guten Kameraden klingt auf. Der stellv. Gauleiter Stürtz tritt sodann zum Grabe und sagt: „Die Gaue Westfalen-Süd und Schlesien grüßen Euch Kameraden der Arbeit zum letzten Mal!"

Regierungspräsident von Stockhausen überbrachte im Auftrage des Oberpräsidenten und der Regierung Arnsberg den letzten Gruß der Arbeiter der Stirn an die Arbeiter der Faust.

Im Namen des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring spricht sein Vetter SS-Obersturmführer Herbert Göring einen letzten Gruß.

Im Namen des Reichswirtschaftsministers sagt Oberberghauptmann Schlattmann-Berlin den Kameraden ein Glückauf zur letzten Fahrt.

Gegen 9 Uhr abends werden die Särge des Reviersteigers Heine und des Hauers Orlowski nach Recklinghausen bezw. Castrop-Rauxel übergeführt und dort beigesetzt.

Ministerpräsident Görings Beileid zum Grubenunglück.

Bei der Verwaltung der Zeche „Adolf von Hansemann" ging gestern folgendes Beileidstelegramm von Ministerpräsident Hermann Göring ein:

Die Nachricht von dem schweren Grubenunglück auf der Zeche „Adolf von Hansemann" hat mich tief erschüttert. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen der auf so tragische Weise ums Leben gekommenen braven Bergleute mein aufrichtigstes Mitgefühl und gleichzeitig den Verletzten meine herzlichsten Wünsche für baldige Genesung zu übermitteln.

Göring, Ministerpräsident.

Dr. Ley bei den Kranken.

Nach Beendigung der Trauerfeierlichkeiten in Mengede besuchte Dr. Ley mit seinem Stabe die im Brüderkrankenhaus untergebrachten 17 Verletzten. Der Reichsorganisationsleiter unterhielt sich, soweit möglich, mit den Kranken, erkundigte sich eingehend nach der Art der Verletzung und sprach ihnen Mut zu. Von den 17 Verletzten befinden sich zwei Knappen in Lebensgefahr. Man hegt jedoch die Hoffnung, daß alle Kranken durchkommen werden.

Der Lippstädter Großbrand.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet.

○ **Lippstadt**, 18. Juli.

Im Zusammenhang mit dem Brand der Burgmühle wurden der Sohn des Mühlenbesitzers, der 22jährige Josef Lappe und der 18jährige F. Overdieck verhaftet und in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Nach erfolgtem Verhör wurde Overdieck wieder freigelassen, während Josef Lappe in Haft behalten wurde.

Wattenscheids Fehlbetrag gesenkt.

)!(**Wattenscheid**, 18. Juli.

Nach dem Abschluß des Rechnungsjahres der Stadt Wattenscheid ergibt sich, daß der Fehlbetrag, der ursprünglich mit 3 600 000 RM veranschlagt war, durch große Sparsamkeit der Stadtverwaltung und durch Staatsbeihilfen auf 902 155 RM gesenkt werden konnte. Es besteht die Hoffnung, daß dieser Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1935 ganz abgedeckt werden kann.

Förderung des Absatzes von Rübenkraut.

rwd. **Essen**, 18. Juli.

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichskommissar für Preisüberwachung hat der Vorsitzende der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft eine Anordnung über die Verbilligung von Rübenkraut (Rübensaft) erlassen. Die Aktion beschränkt sich auf die westlich der Weser liegenden Gebietsteile der preußischen Provinzen Westfalen und Hannover, auf die westlich der Fulda liegenden Gebietsteile der preußischen Provinz Hessen-Nassau und auf die Rheinprovinz, Oldenburg, Lippe-Detmold, Hessen, Baden, Württemberg sowie die bayerische Pfalz und das Saarland. In diesen Gebieten kann auf Grund der Anordnung eine Vergütung zur Verbilligung von Rübenkraut (Rübensaft) gewährt werden. Bedingung ist dabei, daß das Erzeugnis den Vorschriften der Normativbestimmungen entspricht.

Es besteht die Verpflichtung, beim Absatz des verbilligten Rübenkrautes (Rübensaftes) an den Verbraucher einen Kleinverkaufshöchstpreis von 0,18 RM je lose abgewogenes Pfund einzuhalten. Die Verbilligung gilt jedoch nur für den Absatz an den Verbraucher und nicht für den Absatz zur gewerblichen Weiterverarbeitung. Mit der Durchführung dieser Maßnahme ist die Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betraut worden.

Erstes Gauschießen „Rheinland" in Duisburg

rwd. **Duisburg**, 18. Juli.

Vom 21. bis 27. Juli findet in Duisburg das 34. Rheinische Bundesschießen, das zum ersten Mal unter der Bezeichnung Erstes Gauschießen „Rheinland" durchgeführt wird, statt. Wer die Tradition des Deutschen Schützenbundes kennt, aus dem auch der Rheinische Schützenbund hervorgegangen ist, der weiß, daß das Bundesschießen stets den Höhepunkt der schießsportlichen Veranstaltungen darstellt. Die Stadt Duisburg wird also der Treffpunkt aller rheinischen Schützen. Der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, Dillgardt, hat für das Erste Gauschießen „Rheinland" die Schirmherrschaft übernommen.

Wilde Rache an einem Ehebrecher.

○ **M.-Gladbach**, 18. Juli.

Ueber eine schwere Bluttat, die sich in der Nacht zum Pfingstdienstag in Rheydt abspielte, verhandelte die große Strafkammer. Angeklagt waren die Brüder Josef und Johann S. Mit der Frau des einen Bruders unterhielt ein früherer Freund unerlaubte Beziehungen. Hierüber kam es in der Wohnung des Ehebrechers zu einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Männern, die schnell zu schweren Tätlichkeiten führte, an denen auch der Bruder des Betrogenen beteiligt war. Das Gericht stellte fest, daß die beiden Brüder zunächst in Notwehr handelten, da ihr Gegner mit einem Beil auf sie eindrang. Sie entrissen ihm das Beil, fielen über ihn her, brachten ihm mehrere Messerstiche bei und ließen auch von ihm noch nicht ab, als er schwer verletzt am Boden lag. Dann drangen sie auf ein Mädchen aus dem Hause ein, das inzwischen das Beil weggenommen hatte, um weiteres Unheil zu verhüten. Auch dieses Mädchen wurde durch Messerstiche verletzt. Die Gerichtsverhandlung führte zur Verurteilung der beiden Brüder, da sie nach der Abwehr des Angriffs das Maß der Notwehr erheblich überschritten hatten. Der Messerstecher erhielt ein Jahr Gefängnis, sein Bruder eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten und drei Wochen.

Die Düsseldorfer Schädelfunde keine Neandertalschädel.

— **Düsseldorf**, 18. Juli.

Die von einem Teil der deutschen Presse aufgegriffene Meldung über den Fund von drei Neandertalschädeln entspricht, wie die Ausgrabungsleitung und der Pfleger für kulturgeschichtliche Bodenaltertümer für den Bezirk Düsseldorf mitteilt, nicht den Tatsachen. Es handelt sich lediglich um kirchliche Frühbestattungen, keinesfalls aber um prähistorische Schädelfunde.

Neuer Weihbischof von Trier.

rwd. **Trier**, 18. Juli.

Der Papst hat zum Weihbischof von Trier den Domkapitular und Geistlichen Rat Fuchs-Trier ernannt.

Der neue Weihbischof, der zugleich Titularbischof von Sibira (Assen) ist, wurde am 1. November 1876 in Koblenz geboren. Nach Vollendung der theologischen Studien wurde er in Trier zum Priester geweiht. Von 1900 bis 1904 war er als Kaplan in Mayen tätig. Von dort wurde er als Vikar nach dem Industrieort Holz bei Saarbrücken entsandt, wo er später bis 1933 Pfarrer war. Im letzten Jahre vor dem Weltkrieg erfolgte seine Ernennung zum Dechanten von Neuwied, wo er bis 1927 wirkte. Dann berief ihn der Bischof von Trier als Domkapitular und Geistlichen Rat nach Trier. Im Jahre 1933 wurde der jetzige Weihbischof zum Päpstlichen Hausprälaten ernannt. Weihbischof Fuchs trat vor zwei Jahren dadurch hervor, daß er die Wallfahrt zum Heiligen Rock in Trier leitete und zu einem eindrucksvollen Erlebnis für mehr als zwei Millionen Pilger aus dem Reich und aus allen Teilen der Welt gestaltete.

Arbeit und Brot durch Radfahrwegebau.

Holland ist bekannt als Land der Radfahrer. Wer Hollands Straßen schon einmal mit dem Kraftwagen bereist hat, kann erzählen von dem starken, gut disziplinierten Radfahrverkehr. Nicht zuguterletzt auch von den vielen guten Radfahrwegen, die eine gefahrlose und ungehemmte Benutzung des Fahrrades ermöglichen. Aehnlich ist es in Dänemark und in Belgien. Auch bei uns in Deutschland ist das Fahrrad durchaus kein veraltetes Beförderungsmittel. Trotz Zunahme des Kraftverkehrs steigt die Zahl der Fahrräder von Jahr zu Jahr. Es ist daher weiter auch nicht verwunderlich, wenn man hört, daß an jedem dritten Verkehrsunfall ein Radfahrer beteiligt ist.

An unseren Nachbarländern gemessen sind wir zweifelsohne auf dem Gebiete des Radfahrwegebaus noch rückständig, da wir hier die Fehler vergangener Jahre und Jahrzehnte wieder gutzumachen haben. Der Förderung des Radfahrwegebaus dient die Reichsgemeinschaft für Radfahrwegebau e. V.

Die Unfälle auf unseren Straßen werden nicht allein durch die Schnelligkeit der Kraftfahrzeuge, sondern vielmehr durch die Mischung der verschiedenen Verkehrsmittel auf einer Fahrbahn herbeigeführt. Allein durch Schaffung besonderer Bahnen für die einzelnen Verkehrsmittel kann hier eine Besserung herbeigeführt werden. In erster Linie muß man jedoch den zahlenmäßig am stärksten vertretenen Verkehrsteilnehmer — den Radfahrer — vom übrigen Straßenverkehr trennen durch Anlage besonderer Radfahrwege. Gerade unsere ärmsten Volksgenossen, denn das sind zumeist die Radfahrer, werden so vor Schaden bewahrt.

Auf der anderen Seite bedeutet der Bau von Radfahrwegen eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme größten Formates. Wir haben zurzeit 4000 km Radfahrwege in Deutschland. Der Bedarf an vordringlichen Radfahrwegen wird auf 40 000 km geschätzt. Ein Kilometer Radfahrweg kostet im Durchschnitt einschließlich Grunderwerb 6000 RM. Man kann damit rechnen, daß bei der Herstellung von 1 Kilometer Radfahrweg rd. 50 Mann eine Woche beschäftigt werden. Das bedeutet also, daß man beim Ausbau der deutschen Radfahrwege tausenden Volksgenossen auf Jahre Arbeit und Brot gibt. Dazu kommt, daß auch bei der Planbearbeitung technische Hilfskräfte tätig sind. Bei der Gewinnung und Anfuhr der Baustoffe werden ebenfalls viele Arbeiter beschäftigt. Gerade beim Radfahrwegebau, wie bei keinem anderen Straßenbau, ist der Lohnanteil besonders hoch. In weitestem Umfange können bei der Anlage von Radfahrwegen ungeleunte Arbeitskräfte beschäftigt werden. Auch unser Baugewerbe erhält dadurch neuen Auftrieb. Besonders hervorzuheben ist, daß beim Bau von Radfahrwegen insbesondere ortsansässige kleinere Bauunternehmungen beschäftigt werden.

Der Werbung für den Radfahrerwegebau dient eine Wanderausstellung, die im Monat August in Berlin gezeigt werden wird und die von Berlin aus ihren Weg durch Deutschland nehmen wird. Diese Wanderausstellung hat es sich zur Aufgabe gemacht, insbesondere die maßgeblichen Stellen der Bewegung, des Staates und der Wirtschaft für die Durchführung des Radfahrwegebauprogramms zu interessieren. Doch auch dem Laien und dem einzelnen Radfahrer wird die Ausstellung vieles Interessante und Wissenswerte zeigen und so dazu beitragen, allgemein das Verständnis für den Bau von Radfahrwegen zu wecken.

★

‡ **Recklinghausen**, 18. Juli. **Familiensippentag.** Sein Betreuung von Blut und Boden durch die nationalsozialistische Bewegung hat das Gebiet der Sippenforschung in den einzelnen Familien einen starken Antrieb erfahren. So wird jetzt aus Recklinghausen von einem bemerkenswerten Sippentag einer alten Stammesfamilie Wesener aus Recklinghausen gemeldet. Diese Familie fand sich jetzt in Recklinghausen zu ihrem 12. Familientag zusammen, der 50 Mitglieder vereinigte. Im Westfälischen Museum konnte Stadtarchivar Dr. Pennings in einem Vortrage vor den versammelten Familienangehörigen interessante Mitteilungen machen über den Stammvater Caspar Wesener und seine Nachfahren in ihren Beziehungen zum West und zur Stadt Recklinghausen.

‡ **Osnabrück**, 18. Juli. **Bickbeerensammler tot aufgefunden.** Am Mittwoch nachmittag gegen 3 Uhr wurde die Feuerlöschpolizei nach Ohrbeck gerufen, um eine Leiche zu holen. Bickbeeren suchende Kinder hatten auf dem Hügel eine unbekannte männliche Leiche gefunden. Auf Anordnung der Gendarmerie wurde der Tote nach dem Städtischen Krankenhaus Osnabrück gebracht. Nach den Umständen der Auffindung — er hatte noch eine Blechbüchse für die gesammelten Beeren umhängen— handelt es sich offenbar um einen Bickbeerensammler. Anscheinend ist er einem Schlaganfall oder einem Hitzschlag erlegen. Der Tote, der im Alter von etwa 55 Jahren steht, führte keine Papiere bei sich.

‡ **Osnabrück**, 18. Juli. **Die Strafanträge gegen Höllscher und Genossen.** Am Mittwoch, dem dritten Verhandlungstage gegen die Einbrecher- und Hehlerbande Höllscher und Genossen, begannen die Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger der Angeklagten. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ihm als Vertreter der Anklagebehörde stellte den Antrag, das Verfahren gegen Höllscher, Jäckle und Lucas-Nülle einzustellen gemäß Paragraph 154 der Strafprozeßordnung. Er würdigte dann eingehend das Ergebnis der Beweisaufnahme hinsichtlich der vier unter der Anklage der Hehlerei stehenden Angeklagten. Die Strafanträge lauteten gegen das Ehepaar Matheus wegen gewerbsmäßiger Hehlerei auf 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus und gegen Hornstra auf 7 Monate Gefängnis. Das Urteil ist nicht vor Ende der Woche zu erwarten.

Frankreichs eiserner Gürtel.

Schwere Schädigung der elsässischen Landwirtschaft durch die Befestigungsanlagen.

Verödete Aecker.

♥ **Berlin**, 18. Juli.

Die französischen Militärbehörden haben bekanntlich für das Oberelsaß ein neues, ausgedehntes Befestigungssystem ausgearbeitet, das seiner Verwirklichung mit Riesenschritten entgegensteht. Auf weiten Strecken wird Tag und Nacht gearbeitet, werden unterirdische Laufgräben angelegt, Geschützürme in das Erdreich versenkt, ausgedehnte Drahtverhauanlagen angelegt. Daß dabei nicht im geringsten Rücksicht auf die Aecker der Bauern, auf Wiesen und Felder genommen wird, beweist eine Beschwerdeschrift die der oberelsässische Abgeordnete Elsässer an den französischen Kriegsminister sandte. Elsässer, der sich die Not seiner Landsleute sehr zu Herzen nahm, hatte sich persönlich von den Zuständen in den betreffenden Gebieten überzeugt und dabei gefunden, daß die Bauern durchaus nicht übertrieben hatten, im Gegenteil, daß der Tatbestand vielfach noch schlimmer war, als die besorgten Klagen der Bauern erkennen ließen. Elsässer teilte dem französischen Kriegsminister mit, daß die Grenzbefestigungsarbeiten im Oberelsaß der Landwirtschaft schweren Schaden zugefügt hätten, vor allem die unterirdischen Anlagen und die Stacheldrahtverhaue, die die einzelnen Grundstücke zerstückeln und an dem Eingehen des Wildes schuld sind, d. h., wenn überhaupt noch Wild in den betreffenden Gegenden vorhanden ist, was allerdings stark zu bezweifeln ist. Viele Aecker, die an die Befestigungsanlagen grenzen, könnten überhaupt nicht mehr bebaut werden und müßten veröden.

Die Antwort des Kriegsministers Fabry war kurz. Sie besagt, daß die Befestigungsanlagen im Interesse der Landesverteidigung notwendig seien und daß sie dringlich seien. Zu langen Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern wäre keine Zeit und im übrigen gäbe es ja das Gesetz aus dem Jahre 1841, nach dem Entschädigungen für im Interesse der Landesverteidigung enteignete Grundstücke nicht in jedem Falle zahlen seien.

Uns mag die Dringlichkeit der Befestigungsarbeiten einigermaßen seltsam und stark übertrieben vorkommen, da wir die Reden unseres Führers, der immer erneut durch politische Taten den deutschen Friedenswillen bewiesen hat, genauer zu lesen pflegen, als ein französischer Kriegsminister dazu verpflichtet zu sein scheint. Und was das Gesetz aus dem Jahre 1841 anbetrifft, so dürfte der Hinweis darauf wohl eine etwas reichlich bequeme Ausflucht sein.

Wetterbericht

der Reichswetterdienststelle Essen-Mülheim.

Essen, 18. Juli.

Vorhersage für Freitag: Bei vorwiegend westlichen, zeitweise auffrischenden Winden wolkig, für die Jahreszeit kühl.

Vorhersage für Samstag: Bei Westwinden wolkig, kühl.

Voraussichtliche Weiterentwicklung: Noch keine Aenderung der Wetterlage.

Beilage

Ehere… R…

Von unserem…

Seit einiger Ze… ter mit einer auffa… Berichte und länge… überaus traurigen … Familienlebens bes… nachteiligen Folgen… scheidungen für… hinweisen. Diese … um lediglich als … zu werden. Sie … bezw. propagandisti… stehende Neuregelu… angesehen werden.

Die Grundlage … det gegenwärtig das… die amtlich registrie… registrierten Zusam… gestellt werden. S… dieses Gesetz fehlte … solche Gleichstellung … starke Schwäch… unter der Einwirku… Insbesondere wurde… setz etwaige Verschä… Ehescheidungsbestimm… Ehe auf einseitigen … weiteres zulassen, … eine solche Verschär… registrierte Ehen er… registrierten von ihr…

Die Erfahrungen … Befürchtungen in je… tigkeit, mit der die… trennungen vorgeno… letzten Endes einen … Niveau vorübergehen… beeinträchtigte noch… schütterten Grundlag… der Eheschließu… und erreichte z. B. … Jahr und 10 000 E… auch die Zahl der E… dem Maße an, die … zwischen 27,4 und … ziffer schwankte, um … erreichen.

Eine derartige En… regierung schon mit … politik nicht mehr w… griff deshalb zu näch… schwerte die Ehe… kurzfristigen Scheid… Verfolgung (ger… rung der Behörden) … hat sich jedoch diese … Weise ausgewirkt. … um die schwierigste, … problem stehende … lösen, nämlich die m… rung der Kinde…

Es hat sich nämli… tragenden des gegenw… Eherechts gerade di… die Beseitigung des … und unehelichen Kind… verbessert werden sollt… jetzpresse entfielen in… 40 Prozent der geschi… Ehepaare und die res… mit Kindern. Dabei … bindende Vereinbarun… der Kinder getroffen … Fällen die materi… geregelt, d. h. d… der Eltern überla… barung kommt aber … ergibt sich damit die … gessenen Elternteil au… stützung der Kinder … große Schwierigkeiten, … der Alimente stößt.

Unter diesen Umst… die Kinder, deren Un… anderen Elternteil zu… nachlässigt, ja mitunte… und allmählich verkom… das große Heer … deren Verwilderung … die sittliche Entwicklu… neuen immer größer … somit, zu einer ewigen … Lebens zu werden.

Die Gefahren … rußland endlich erkan… fügte Verschärfung der… nelle Vergehen der J… nächst versucht hat, gege… anzukämpfen, ohne sein… Familienzerfall … losigkeit eines solchen … und dürfte inzwischen … der Sowjetunion klar g… mehr bemüht ist, die Lö… suchen und eine Akt… Familie durch die …

Es läßt sich noch … konkreten Schritte unt… Versuch durchzuführen. … offiziösen „Iswestija" … daß in erster Linie an… ist: verschärfte Bestimm… chen, Verweigerung de… vorhandensein bindende… Sicherstellung der Kind… bestimmungen gegen die… Kinder zu unterstützen, … amtlicher Gerichte für … setzungen usw.

Wenn auch diesen … bevölkerungspolitischen … Wirkung nicht abgesproc…

Eherechtsreform in Rußland?

Von unserem Moskauer Mitarbeiter.

Moskau, im Juli.

Seit einiger Zeit bringen die sowjetrussischen Blätter mit einer auffallenden Regelmäßigkeit Zuschriften, Berichte und längere Betrachtungen, die sich mit den überaus traurigen Verhältnissen des sowjetrussischen Familienlebens beschäftigen und insbesondere auf die nachteiligen Folgen der ungeheuer zahlreichen Ehescheidungen für die heranwachsende Generation hinweisen. Diese Erscheinung ist viel zu auffallend, um lediglich als vorübergehende Diskussion bewertet zu werden. Sie muß vielmehr als die Einleitung bezw. propagandistische Vorbereitung für eine bevorstehende Neuregelung des sowjetrussischen Eherechts angesehen werden.

Die Grundlage des sowjetrussischen Eherechts bildet gegenwärtig das Gesetz vom 1. 1. 1927, demzufolge die amtlich registrierten „gesetzlichen" Ehen dem unregistrierten Zusammenleben in jeder Hinsicht gleichgestellt werden. Schon bei den Vorberatungen über dieses Gesetz fehlte es nicht an Stimmen, die eine solche Gleichstellung für bedenklich erklärten und eine starke Schwächung des Familienlebens unter der Einwirkung dieses Gesetzes prophezeiten. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß das Gesetz etwaige Verschärfungen der bedenklich liberalen Ehescheidungsbestimmungen, die eine Trennung der Ehe auf einseitigen Wunsch eines Ehepartners ohne weiteres zulassen, unmöglich machen würde, zumal eine solche Verschärfung sich naturgemäß nur auf registrierte Ehen erstrecken könnte, während die unregistrierten von ihr völlig unberührt bleiben würden.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben diese Befürchtungen in jeder Hinsicht bestätigt. Die Leichtigkeit, mit der die Eheschließungen und die Ehetrennungen vorgenommen werden konnten, bewirkte letzten Endes einen Zustand, bei dem die Ehe auf das Niveau vorübergehender Verhältnisse herabsank, und beeinträchtigte noch mehr die ohnehin schon stark erschütterten Grundlagen des Familienlebens. Die Zahl der Eheschließungen nahm dabei sehr stark zu und erreichte z. B. in Moskau 120—125 Ehen pro Jahr und 10 000 Einwohner. Gleichzeitig stieg aber auch die Zahl der Ehescheidungen in erschreckendem Maße an, die in Moskau im vergangenen Jahr zwischen 27,4 und 38,3 Prozent der Eheschließungsziffer schwankte, um im Mai 1935 44,3 Prozent zu erreichen.

Eine derartige Entwicklung konnte von der Sowjetregierung schon mit Rücksicht auf ihre Bevölkerungspolitik nicht mehr weiter hingenommen werden. Sie griff deshalb zu nächstliegenden Maßnahmen und erschwerte die Ehescheidung, indem sie für die kurzfristigen Scheinehen die strafrechtliche Verfolgung (gewissermaßen wegen der Irreführung der Behörden) in Aussicht stellte. Wie es scheint, hat sich jedoch diese Maßnahme nicht in erwarteter Weise ausgewirkt. Insbesondere reichte sie nicht aus, um die schwierigste, in Verbindung mit dem Eheproblem stehende bevölkerungspolitische Frage zu lösen, nämlich die materielle und moralische Sicherung der Kinder.

Es hat sich nämlich gezeigt, daß die wahren Leidtragenden des gegenwärtig gültigen sowjetrussischen Eherechts gerade die Kinder sind, obgleich durch die Beseitigung des Unterschieds zwischen ehelichen und unehelichen Kindern vor allem ihre Rechtslage verbessert werden sollte. Nach den Angaben der Sowjetpresse entfielen in der ersten Hälfte ds. Js. nur 40 Prozent der geschiedenen Ehen auf die kinderlosen Ehepaare und die restlichen 60 Prozent auf Ehepaare mit Kindern. Dabei konnten nur in wenigen Fällen bindende Vereinbarungen bezüglich des Unterhaltes der Kinder getroffen werden, während in allen anderen Fällen die materielle Lage der Kinder ungeregelt, d. h. der freien Vereinbarung der Eltern überlassen blieb. Eine solche Vereinbarung kommt aber oft gar nicht zustande, und es ergibt sich damit die Notwendigkeit, den pflichtvergessenen Elternteil auf gerichtlichem Wege zur Unterstützung der Kinder zu zwingen, was meistens auf große Schwierigkeiten, namentlich bei der Eintreibung der Alimente stößt.

Unter diesen Umständen kommt es oft vor, daß die Kinder, deren Unterhaltung dem einen oder dem anderen Elternteil zu schwer fällt, von diesem vernachlässigt, ja mitunter überhaupt verlassen werden und allmählich verkommen. Auf diese Weise erhält das große Heer der obdachlosen Kinder, deren Verwilderung eine ständige Gefahrenquelle für die sittliche Entwicklung des Landes bedeutet, einen neuen immer größer werdenden Zuzug und droht somit, zu einer ewigen Einrichtung des sowjetrussischen Lebens zu werden.

Die Gefahren dieses Vorganges sind in Sowjetrußland endlich erkannt worden. Die kürzlich verfügte Verschärfung der Strafbestimmungen für kriminelle Vergehen der Jugendlichen zeigt, daß man zunächst versucht hat, gegen die Auswirkungen des Uebels anzukämpfen, ohne seine Grundursache — nämlich den Familienzerfall — zu treffen. Die Aussichtslosigkeit eines solchen Vorgehens liegt auf der Hand und dürfte inzwischen auch den maßgebenden Stellen der Sowjetunion klar geworden sein, so daß man nunmehr bemüht ist, die Lösung des Kernproblems zu versuchen und eine Aktion zur Festigung der Familie durch die Festigung der Ehe einzuleiten.

Es läßt sich noch nicht genau übersehen, welche konkreten Schritte unternommen werden, um diesen Versuch durchzuführen. Einigen Andeutungen der offiziösen „Iswestija" kann man jedoch entnehmen, daß in erster Linie an folgende Maßnahmen gedacht ist: verschärfte Bestimmungen gegen kurzfristige Scheinehen, Verweigerung der Ehescheidungen beim Nichtvorhandensein bindender Uebereinkommen über die Sicherstellung der Kinder, Verschärfung der Strafbestimmungen gegen die Eltern, die sich weigern, ihre Kinder zu unterstützen, Schaffung besonderer standesamtlicher Gerichte für familienrechtliche Auseinandersetzungen usw.

Wenn auch diesen Maßnahmen eine gewisse die bevölkerungspolitischen Verhältnisse in etwa bessernde Wirkung nicht abgesprochen werden kann, vorausgesetzt, daß sie überhaupt durchgeführt werden, so liegt es auf der Hand, daß sie nicht imstande sein werden, eine durchgreifende Wandlung in den sowjetrussischen Eheverhältnissen zu schaffen, solange der Grundsatz des heutigen Eherechts, d. h. die Gleichstellung amtlich registrierter Ehen mit einfachem Konkubinat beibehalten bleibt. Man muß daher die offensichtlich im Gange befindlichen Vorbereitungen einer Eherechtsreform vorläufig nur als Symptome einer beginnenden Einsicht bewerten, deren praktische Auswirkungen noch lange auf sich werden warten lassen. Aber auch dann wird es nur unter großen Anstrengungen möglich sein, den bereits angerichteten bevölkerungspolitischen Schaden einigermaßen wieder gutzumachen.

„Störtebekers" Abenteuer.

Kleines Boot im großen Sturm.

Die kleine deutsche Yacht „Störtebeker", die 35 Tage in Sturm und Wind auf dem Ozean lag, ist endlich als letztes Boot der Transatlantik-Regatta am Hardanger-Fjord gelandet.

„Wir konnten wirklich nicht daran denken", so erzählt Kapitän Schlimbach, „daß wir das Rennen gewinnen würden, als wir mit unserem kleinen Kasten absausten von Benrod-Feuerschiff bei Newport, Rhode Island. Denn unsere nur 15 Meter lange Yawl war das kleinste Schiff, das jemals an einer Transatlantik-Regatta teilgenommen hat. Dennoch fuhren wir. Wir wollten endlich einmal die deutschen Farben in diesem größten aller Wasser-Rennen zeigen. Ich bin selbst alter Fahresmann, bin lange Zeit als einfacher Matrose auf Yankee-Clippers umhergependelt, aber was wurde das für eine Fahrt!

Schon die erste Nacht auf See war bitter stürmisch. Die Wogen ballerten man so über Deck hinweg. Wir mußten das Großsegel reffen und bald ganz wegnehmen. Sturm! Es ist wahrhaftig ein bißchen reichlich auf dieser Fahrt mit dem Unwetter. Neptun hat uns übel mitgespielt! Wir fuhren wie alle anderen Yachten mit Ausnahme der „Stormy Weather", die den Nordkurs hielt, den Südkurs. Die „Stormy Weather" hatte anscheinend Beziehungen zu den Neufundlandfischern und war somit darüber informiert, daß man bei Abfahrt von Rhode Island den Nordkurs nehmen konnte. Ständige Verbindung mit der Hochseefischerei, um über den Stand der Eisberge und die Fahrrinne oberhalb des Eises unterrichtet zu sein, ist für den Nordkurs unerläßlich. Und dennoch ist er mit höchsten Gefahren verbunden.

Wir, die wir den Südkurs am Rande des Golfstromes suchten, gerieten in den schwersten Nordweststurm. Von den 31 Tagen unserer Fahrt waren wir sag' und schreibe 27 Tage im Sturm. Eine so gefährliche See, so steil, drohend und brechend, habe ich in meinem ganzen Leben voller Seefahrt kaum miterlebt. Und trotzdem war's noch nicht das Schlimmste, was uns passieren sollte.

Zu diesem stürmischen Wetter kam der Nebel. Und das im Juni, wo endlich auch auf dem Ozean Sonnenschein und Schönwetter sein soll. 70 bis höchstens 100 Meter Sicht, es war verdammt schwierig!

Plötzlich wurde „Dampfer in Sicht!" gemeldet. Wo? Da war guter Rat teuer. Ist er nahe? Wird er uns anrennen? Wir hörten nun seine großen Sirenen im Nebel aufheulen. Hatte er uns bemerkt? Wir bliesen indes mit Leibeskräften in unser kleines Horn und läuteten unsere Schiffsglocke. Das war alles, was wir tun konnten. Der Dampfer kam näher. Schrill und schauerlich tönte das Geläute unserer Armsünderglocke über Deck, derweil der Dampfer blökte und heulte wie ein kosmischer Riese. Jeder starrte entsetzt in den Nebel, auf das herannahende Ungeheuer. Es kommt näher und näher! Sind wir verloren? Wenn es uns trifft, ja! Und das Schlimmste ist: er kann uns nicht wiederfinden, selbst wenn er uns vorher bemerkt hat und sucht! Wir schweben zu tief unten in den grauen Wassernebeln ...

Dann sehen wir mit einem Mal, 50 Meter an unserer Planke vorbei, den Riesen dahinziehen. Schon ist er verschwunden. Der lähmende Alb vergeht. Die Zungen lösen sich. Trotz gischtiger Abendstunde finden unsere Hände die Rumflasche.

Das Großsegel ist ständig fest. Hagelböen sausen über die Schiffsplanken. Oft genug müssen wir beidrehen. Doch endlich, nach 31 Tagen, taucht St. Kilda, ein Stück Felseninsel vor Schottland, vor unseren wartenden Augen auf. Endlich! —

Wir passierten dann Pentland Firth, denn wir wollten dort gern einen Dampfer treffen, um uns sofort nach Hamburg melden zu lassen. Wir ahnten, daß man uns in Deutschland bereits auf die Vermißtenliste gebucht hatte. Und damit hatten wir Pech. In der gefährlichen Strömung der engen Passage zwischen den Orkneys und dem schottischen Festlande gerieten wir nun in eine uns verhängnisvolle Windstille.

Die Gefahr, auf die scharfen Klippen von Stroma getrieben zu werden, wurde immer größer. Im letzten Augenblick konnten wir uns noch mit Hilfe unseres Ballons freisegeln und kamen dann endlich in die freie Nordsee. Ein englischer Dampfer meldete uns von hier nach Hamburg. Unser Herz schlug ruhiger, als wir die Unserigen daheim beruhigt wußten. Hier auf der Nordsee hatten wir nun endlich als viel zu spätes Entgelt schönsten Sonnenschein und glatte See. Ein holländischer Fischdampfer schickte uns frische Fische herüber, und noch niemals hat uns Fisch so gut geschmeckt wie nach dieser tollen Ozeanfahrt, die einen ganzen Monat gedauert hatte.

Nach zwei Tagen, inzwischen waren wir dem norwegischen Schulschiff „Sörlandet" begegnet, das uns nach Bergen und Hamburg gemeldet hatte, kamen wir endlich in Landnähe. Eine Junkersmaschine kam aus den versteckten Bergen um Oslo auf uns losgesteuert und zog mehrere Schleifen um uns, als seien wir die Ersten, nicht die Letzten! Wenig später erreichten wir das Ziel: Marstein Feuer! 35 Tage, 2 Stunden, 47 Minuten und 55 Sekunden — so lange hatte unsere Ozeanwettfahrt gedauert."

Chr. U.

Fortdauer der schweren Unruhen in Belfast.



Seit mehreren Tagen finden in der irischen Stadt Belfast schwere Kämpfe statt. Die durch Militär verstärkte Polizei durchstreift mit Panzerwagen die Stadt, um nach Dachschützen zu fahnden, die jedoch beim Auftauchen der Polizei regelmäßig verschwinden und kaum zu fassen sind. Auf unserem Bilde sieht man ein Polizei- und Militärkommando vor einem Hause, in dem eine Durchsuchung nach Dachschützen vorgenommen wird. (Scherl-M.)

Rauchverbot für Jugendliche.

Strafen für Gewerbetreibende angedroht.

Das mecklenburgische Staatsministerium hat eine Polizeiverordnung für das Stadtgebiet Rehna bestätigt, die allen Jugendlichen unter 16 Jahren das Rauchen in der Oeffentlichkeit, auf Straßen oder in Wirtshäusern verbietet. Gewerbetreibende dürfen Jugendlichen auch keinen Tabak verkaufen, wenn er sofort in ihren Geschäftsräumen genossen wird. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder Haftstrafen bis zu 14 Tagen bedroht. Die Eltern werden verpflichtet, die Jugendlichen vor Verstößen gegen die Polizeiverordnung zu bewahren.

Unzutreffende Gerüchte.

DNB **Berlin**, 17. Juli.

In einigen ausländischen Zeitungen war eine Meldung verbreitet worden, wonach von der deutschen Regierung neuerdings der Sowjetregierung eine Anleihe von einer Milliarde Mark angeboten worden sei, und zwar ohne Sicherheitsstellung zu dem Zweck, die Sowjeteinkäufe in Deutschland zu erhöhen, wobei von sowjetrussischer Seite Rohstoffe nach Deutschland geliefert werden sollen. An dieser Meldung ist kein wahres Wort. Abgesehen von dem seinerzeit amtlich bekanntgegebenen deutsch-sowjetischen Kreditabkommen vom 9. April d. J. ist eine anderweitige deutsche Kreditgewährung an die Sowjetunion überhaupt nicht in Erwägung gezogen worden, geschweige denn, daß ein Angebot erfolgt wäre.

Großer Erfolg der Arbeitsschlacht

in der bayerischen Ostmark.

DNB **Bayreuth**, 17. Juli.

Die Zahl der Arbeitslosen im Gau bayerische Ostmark ist von 68 873 Ende Januar d. J. auf 50 103 Ende März, 42 203 Ende April, 33 449 Ende Mai auf 29 683 Personen zum letzten Juni gesunken. Der Rückgang im ersten Halbjahr 1935 hat damit die Zahl der Arbeitslosen um über die Hälfte verringert.

Zwei Millionen Menschen auf der Flucht vor dem Hochwasser.

DNB **Schanghai**, 17. Juli.

Der Gelbe Fluß ist in der Schantungprovinz in den letzten Tagen um 1½ Meter gestiegen. In einem Aufruf an die Bevölkerung erklärt der Gouveneur, daß die Lage noch niemals so ernst und bedrohlich gewesen sei. Annähernd 1000 Ortschaften seien völlig überschwemmt. Die Zahl der Flüchtlinge betrage zwei Millionen.

Das Ueberschwemmungsgebiet zwischen Yuntscheng und Kuyeh hat eine Ausdehnung von 80×320 Kilometer. Nach der Mißernte im Frühling sind jetzt alle Hoffnungen auf eine zweite Ernte zerstört.

Auch im Yangtse-Gebiet ist die Lage sehr ernst. In Hankau sind alle Mitglieder der Kuomintang aufgeboten worden, um an der Verstärkung der Deiche zu arbeiten.

Die Verstaatlichung der westdeutschen Eisenbahnen.

Die Tatsache, daß die preußische Regierung schon im Jahre 1850 Königl. Eisenbahndirektionen in Aachen und Elberfeld errichtete, hat, da sie neuerdings mehrfach in der Oeffentlichkeit erwähnt wurde, hier und da die Meinung entstehen lassen, daß damals bereits Verstaatlichungen westdeutscher Eisenbahngesellschaften erfolgt seien. Das war keineswegs der Fall. Die genannten Eisenbahndirektionen hatten lediglich die Aufgabe, gewisse Linien für Rechnung privater Gesellschaften zu betreiben. Das war einer von mehreren Wegen, auf denen der preußische Handelsminister August von der Heydt den Einfluß des Staates auf das Eisenbahnwesen auszubreiten wußte.

Bis zur Uebernahme des Handelsministeriums durch von der Heydt am 4. Dezember 1848 gab es keinerlei staatseigene Bahnen. In Preußen wurden damals Eisenbahnlinien in Länge von rd. 3200 km betrieben, durchweg von privaten Gesellschaften. Der Staat begnügte sich mit einem allerdings weitgehenden Aufsichtsrecht. Gegen Gewährung von Unterstützungen forderte er Sitz und Stimme im Verwaltungsrat, wenn möglich auch in der Direktion der privaten Gesellschaften. An Stelle der Einzelbeamten, die den Staat dabei zu vertreten hatten, traten sofort nach Amtsantritt von der Heydts königliche Behörden, die Eisenbahnkommissariate.

Von der Heydt hat mit großer Zielstrebigkeit ein staatseigenes Eisenbahnnetz erst geschaffen, teils durch den Bau neuer Linien, teils durch den Ankauf alter Linien, wobei er mit ungewöhnlichem kaufmännischen Geschick vorging. Zuerst ließ er sich eine Anleihe bewilligen erstens zum Bau der Ostbahn, die die Verbindung zwischen Breslau und Posen herstellen sowie die Provinzen West- und Ostpreußen an das vorhandene Eisenbahnnetz anschließen sollte, zweitens für die Westfälische Bahn, die von der kurhessischen Grenze bei Warburg über Paderborn und Lippstadt führen und in Hamm den Anschluß an die Köln—Mindener Bahn gewinnen sollte, drittens für die kurze Linie der Saarbrücker Bahn. Kurz darauf gelang dem Minister auch die Finanzierung der Berliner Verbindungsbahn, deren entscheidende Bedeutung er erkannte. Sie wurde als erste preußische Staatsbahn, 11 km lang und mit Pferden betrieben, 1851 dem Betrieb übergeben und erst 1872 durch die heutige Ringbahn ersetzt, als ihre im Straßenniveau liegenden Uebergänge für den hauptstädtischen Verkehr unerträglich geworden waren.

Gleichzeitig mit der Entwicklung dieser ersten Pläne übernahm von der Heydt die Verwaltung der Bergisch-Märkischen Bahn, der Bahn Aachen-Düsseldorf und Krefeld-Ruhrort. Mitte der fünfziger Jahre ergänzte er den westfälischen Eisenbahnbesitz des Staates durch die Linien Münster—Rheine und Rheine—Osnabrück, die er durch Ankauf der schlecht rentierenden Privatbahn Münster—Hamm mit der oben erwähnten Westfälischen Staatsbahn in Verbindung brachte. Damit hatte er in Westdeutschland bereits ein Liniennetz zur Verfügung, das von Aachen über Elberfeld bis in den Norden Westfalens reichte. Als dann mit der feierlichen Eröffnung der großen Weichselbrücken am 12. Oktober 1857 auch die Ostbahn fertiggestellt war, gab es eine lückenlose Eisenbahnverbindung von Königsberg bis Aachen, die zum großen Teil in Staatshand war.

Was von der Heydt für den Staatsgedanken geleistet hat, ergibt die Tatsache, daß im Jahre 1860 von den rd. 5300 km preußischen Eisenbahnen 3925 km oder 55 Prozent vom Staat betrieben wurden. — Der Staatsbahngedanke schlief dann für eine längere Reihe von Jahren völlig ein. Ein Stimmungsumschwung im Preußischen Parlament zu Gunsten der Privatbahnen führte zur Zerschlagung eines wertvollen finanziellen Fundaments, das von der Heydt für den weiteren Ausbau der Staatsbahnen geschaffen hatte.

Erst im Verlauf der großen Wirtschaftskrise, die 1873 der Gründerzeit folgte und den Wert der Eisenbahnaktien stark herabdrückte, griff Bismarck den Staatsbahngedanken wieder auf. Die entscheidende Verstaatlichungsaktion, die Ende der 70er Jahre einsetzte, besiegelte auch das Schicksal der drei großen westdeutschen Eisenbahngesellschaften. Am 20. Dezember 1879 erfolgte die Verstaatlichung der Köln-Mindener Bahn mit einem damals 1108 km umfassenden Liniennetz, wovon etwa 250 km auf das Ruhrgebiet entfielen. Am 14. Februar 1880 folgte die Verstaatlichung der Rheinischen Eisenbahn, die zuletzt Linien von 1366 km, davon ebenfalls etwa 250 km im Ruhrgebiet, betrieb. Die schon seit 1850 in staatlicher Verwaltung befindliche Bergisch-Märkische Bahn ging am 1. Januar 1882 in staatlichen Besitz über. Die Länge ihrer Bahnstrecken betrug 1300 km, davon etwa 350 im Ruhrrevier.

Die Aktionäre der privaten Eisenbahngesellschaften wurden vom Staat durch festverzinsliche Staatspapiere entschädigt, die damals angesichts der schweren Wirtschaftslage und der dadurch freigewordenen großen Kapitalmengen im allgemeinen gern genommen wurden. Da es sich um einen Betrag von vielen Milliarden handelte, entstand im Gefolge der Verstaatlichungsaktion eine gewaltige preußische Staatsschuld, die aber im späteren Verlauf niemals als eine finanzielle Belastung empfunden wurde, weil die Eisenbahnen spielend nicht nur die Verzinsung aufbrachten, sondern dazu noch erhebliche Ueberschüsse für allgemeine Staatszwecke abwarfen. Als die Eisenbahnen nach dem Krieg vom Reich übernommen wurden, wurde der Gegenwert den Ländern, so auch Preußen, vom Reich gutgeschrieben. Zu einer Auszahlung ist es nicht gekommen und wird es wohl auch nicht mehr kommen, nachdem alle Voraussetzungen, insbesondere auch die frühere staatsrechtliche Stellung der Länder sich gewandelt haben. Es liegt in der Nichtzahlung auch nicht einmal eine innerliche Ungerechtigkeit, da die Länder ihrer Eisenbahnschulden durch die Inflation bis auf geringe Reste ledig geworden sind.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

● **Berlin, 18. Juli.**

Wie berechtigt die Warnungen des Börsenvorstandes vor übertriebenen Kurssteigerungen am Aktienmarkt waren, zeigten heute die Vorgänge am Schiffahrtsaktienmarkt. Die Veröffentlichungen über die bevorstehenden starken Zusammenlegungen der Schiffahrtsaktien haben ein nicht unerhebliches Angebot in Hapag- und Lloyd-Aktien zur Folge, dem keine Aufnahmeneigung gegenüberstand. Die Aktien wurden mit — — -Zeichen angeschrieben und jeglicher Handel sowie die Feststellung der Notiz auf Veranlassung der zuständigen Organe ausgesetzt. Dieser Vorfall, der auch der gesamten Börse das Gepräge gab, sollte dem Publikum als Warnung dienen. Auch auf den übrigen Märkten kam im Anschluß an die unsichere Stimmung der gestrigen Börse überall Ware heraus, so daß die Kurse im Durchschnitt um 1—1½% nachgaben.

*

Zunehmende deutsche Kohlenlieferung nach Italien. Infolge von Hindernissen im Zahlungsverkehr zwischen Italien und England geriet die Zufuhr englischer Kohle nach Italien in Stockung. Dies begünstigte die Nachfrage nach deutscher Kohle. Besonders soll die italienische Staatsbahn größere Mengen deutscher Kohle beziehen, weil sie in den letzten Monaten aus ihren Reservebeständen erhebliche Posten an die Industrie abgeben mußte.

Starke Zunahme des Flachs- und Hanfanbaues in Lettland. Die diesjährige Flachsanbaufläche in Lettland wird auf 60 000 ha geschätzt gegenüber 46 300 ha im Vorjahr. Das bedeutet eine Zunahme von 30 Proz. Die Zunahme des Hanfanbaues wird sogar auf 75 Proz. geschätzt. Lettland wird also seinen Hanfbedarf selbst decken können.

Die Tschechoslowakei schafft eine eiserne Getreidereserve. Die tschechoslowakische Regierung wird gemäß der Novelle zur Regierungsverordnung über das Getreidemonopol eine eiserne Getreidereserve anlegen, deren Finanzierung den landwirtschaftlichen Genossenschaften und Verbänden auf Rechnung der Regierung obliegt. Es handelt sich um 20 000 Waggons Weizen, 10 000 Waggons Roggen und 5 000 Waggons Hafer.

Märkte.

Metalle.

Berlin, 18. Juli. **Elektrolytkupfer** (Wirebars) 46,25 für 100 kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminium 98-99 kg Bl. 144, Aluminium i. Walz. o. Dr. 148, Reinnickel 98-99 kg 270, Silber in Barren 900 t 55,50 bis 58,50.

Dortmunder Getreidemarkt.

× **Dortmund,** 18. Juli. Westf. Weizen 76-77 kg, gesetzlicher Erzeugerpreis: Preisgebiet W 15 212, W 14 211, W 13 210, W 12 209, W 9 206; westf. Roggen 72-73 kg, gesetzlicher Erzeugerpreis: Preisgebiet R 14 173, R 13 170, R 12 171, R 11 168, R 9 166; Hafer 48-49 kg, gesetzlicher Erzeugerpreis: Preisgebiet H 19 174, H 18 173, H 16 171, H 15 170, H 14 169, H 13 167; Weißhafer: Aufschlag RM 7.—; Futtergerste, gesetzlicher Erzeugerpreis: Preisgebiet G 14 170, G 13 168, G 12 167, G 11 165, G 10 164; Trockenschnitzel 8,70; Steffen-Schnitzel 30% 10,30; vollwertige Zuckerschnitzel 55% 10,90 ab Fabrikstation. Die Preise verstehen sich bei Getreide per To., Futtermittel per 100 kg waggonfrei Dortmund, in Ladungen von 15 000 kg. Die Preise für Häckel verstehen sich per Ztr. waggonfrei oder Fuhre Industriegebiet. Weizenmehl inl. Grundtype 790 für W 15 27,55, W 14 27,45, W 13 27,35, W 12 27,35, W 9 27,35; Weizen-Brotmehl Type 2000 RM 7.— Aufschlag; Roggenmehl inl. Type 997 für R 14 24,10, R 13 24,05, R 12 24,00, R 11 23,75, R 9 23,65; Roggenmehl Type 815 RM 0,50 Aufschlag auf Basistype 997; Kommismehl inl. (Roggenbackschrot) Type 1370 Abschlag auf die vorgenannten Basispreise RM. 1.—; Roggenschrot inl. Type 1800 Abschlag auf die vorgenannten Basispreise RM 3.50; Weizenkleie für W 15 12,19, W 14 12,13, W 13 12,08, W 12 12,02, W 9 11,85; Weizen-Vollkleie RM 0.50 Aufschlag; Roggenkleie für R 14 10,81, R 13 10,63, R 12 10,69, R 11 10,50, R 9 10,38. Zuzüglich RM 0.50 Frachtausgleich frei Empfangsstation gemäß Anordnungen der WW. Weizenmehl mit einer Beimischung von 20% Auslandsweizen Aufschlag RM 3.— per 100 kg, mit einer Beimischung von 10% Aufschlag RM 1.50 per 100 kg. Mühlenabfälle ab Mühle. Tendenz: ruhig.

Frankfurter Schlachtviehmarkt.

× **Frankfurt,** 18. Juli. Auftrieb: Ochsen 20, Bullen 29, Kühe 34, Färsen 72; Vorverkauf: Ochsen 3, Schafe 43, Schweine 512, Kälber 901, Bullen 3, Kühe 20, Färsen 10. Ueberstand: Ochsen 2, Bullen 7, Kühe 15, Färsen 20, Schweine 59. Marktverlauf: Kälber, Hammel und Schafe mittelmäßig, geräumt; Schweine mittelmäßig, später abflauend, Ueberstand. Es kosteten: Kälber: a) 59—60, b) 51—58, c) 43—50, d) 30—42; Weidemasthammel: 36—38; Schweine: a) —, b) 50—53, c) 50—53, d) 46—52.

Die neue Marktordnung für Getreide.

Ausführungsbestimmungen.

Die bereits angekündigten Anordnungen der Hauptvereinigung der deutschen Getreidewirtschaft, die die Ausführungsbestimmungen zur Getreideordnung enthalten, lauten wie folgt:

Mehlgroßhandelspreise und Kleiepreise.

Die Mehlgroßhandelspreise werden für Roggenmehl mit Wirkung vom 15. August und für Weizenmehl mit Wirkung vom 15. September 1935 an neu festgesetzt. Bis dahin bleiben die zurzeit gültigen Preise unverändert. Das gleiche gilt entsprechend für die Kleiepreise. (Anordnung 5.)

Verarbeitung und Verwertung von Brotgetreide.

Mühlen und andere Verarbeitungsbetriebe dürfen für Zwecke der menschlichen Ernährung oder für technische Zwecke nur solchen inländischen Roggen und inländischen Weizen erwerben und verarbeiten, der in Verbindung mit der entsprechenden Art und Menge von Kontingentsmarken geliefert worden ist.

Dies gilt nicht: a) für das in Lohn- oder Umtauschmüllerei für Erzeuger und Deputatempfänger für deren eigenen Bedarf verarbeitete oder getauschte Brotgetreide,

b) für die Mengen Roggen oder Roggenmenggetreide, die bis zum 31. Juli 1935 als Eigentum eines Verarbeitungsbetriebes auf Lager gehalten wurden oder sonst in dessen Besitz waren,

c) für die Mengen Weizen oder Weizenmenggetreide, die bis zum 15. August 1935 als Eigentum eines Verarbeitungsbetriebes auf Lager gehalten wurden oder sonst in dessen Besitz waren,

d) für Roggen und Weizen, der von der Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse geliefert wird,

e) für ausländischen Roggen und Weizen. Alle Betriebe, die ausländischen Roggen oder ausländischen Weizen für Zwecke der menschlichen Ernährung oder für technische Zwecke verarbeiten, sind verpflichtet, die gleiche Menge derselben Getreideart inländischer Herkunft von der Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse zu beziehen.

Alle Mühlen und sonstigen Verarbeitungsbetriebe haben die unter b und c angegebenen Mengen an nichtkontingentiertem Getreide binnen zwei Wochen nach dem bezeichneten Termin dem zuständigen Getreidewirtschaftsverband zu melden. Die Anordnung (Nr. 6) tritt am 16. Juli 1935 in Kraft.

Kauf und Weiterverkauf von Inlandsgetreide.

1. **Begriffsbestimmung:** Getreide im Sinne dieser Anordnung ist Roggen, Weizen, Gerste und Hafer. Im übrigen gilt die Vorschrift des § 21 (Menggetreide) der Verordnung.

2. **Preisvorschriften für den Kauf von inländischem Getreide beim Erzeuger:** Für den Kauf von Roggen, Weizen, Futtergerste und Futterhafer vom Erzeuger gelten die gemäß § 13 der Verordnung festgesetzten Preise. Für den Kauf von Gerste und Hafer, die nicht für Zwecke der Verfütterung bestimmt sind (Industriegerste und Industriehafer), gelten die für Futtergerste und Futterhafer festgesetzten Preise als Mindestpreise.

3. **Preisbestimmungen über den Weiterverkauf von nichtkontingentiertem inländischen Getreide:** Der Weiterverkauf und Ankauf von Futtergerste (nichtkontingentierter Roggen und Weizen, Futtergerste und Futterhafer), das von einem anderen als einem Erzeuger geliefert wird, darf nur zum Erzeugerfestpreis zuzüglich eines angemessenen Preisaufschlags erfolgen. Die Höhe des Aufschlags bestimmt sich nach den entstehenden Unkosten. Beim Weiterverkauf und beim Ankauf von Industriegerste und Industriehafer findet die Vorschrift in Absatz 1 entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß bei der Preisberechnung jeweils der Einheitspreis zugrunde zu legen ist.

4. **Verwendungsvorschriften für inländische Gerste:** Inländische Gerste darf grundsätzlich nur für Zwecke der Verfütterung verkauft oder veräußert, sowie nur für die Zwecke verarbeitet oder verwandt werden. Gerste, die nicht für Zwecke der Verfütterung bestimmt ist, darf nur mit Erlaubnis des Getreidewirtschaftsverbandes, in dessen Gebiet der Verkäufer seinen Wohnsitz hat, verkauft werden. Die Erlaubnis kann an Bedingungen geknüpft werden und ist jederzeit widerruflich. Voraussetzung für die Freigabe ist der Nachweis einer Absatzmöglichkeit.

5. **Der Kauf von Industriegerste** ist nur mit Erlaubnis des für den Verkäufer zuständigen Getreidewirtschaftsverbandes zulässig. Die Betriebe, die bisher bereits Industriegerste vom Erzeuger gekauft haben, brauchen die Erlaubnis zum Ankauf im Einzelfall erst dann zu beantragen, wenn 60 Prozent der von ihnen im Getreidewirtschaftsjahr 1934/35 angekauften Menge erreicht sind. Die Inhaber dieser Betriebe haben alsbald dem zuständigen Getreidewirtschaftsverband die im Getreidewirtschaftsjahr 1934/35 angekaufte Gesamtmenge zu melden. Außerdem ist jeder Kaufabschluß bis zur Erreichung von 60 Prozent des bisherigen Umsatzes regelmäßig dem Getreidewirtschaftsverband zur Berechnung und Festsetzung der fälligen Gebühren anzuzeigen. Sobald die angegebenen 60 Prozent erreicht sind, ist der Getreidewirtschaftsverband hiervon in Kenntnis zu setzen und für jeden weiteren Kaufabschluß ein ordnungsgemäßer Antrag einzureichen.

6. **Schlußvorschriften:** Diese Bestimmungen gelten für alle Verträge, die hinsichtlich der Lieferung noch nicht erfüllt sind. Verstöße gegen die Anordnung werden nach den bestehenden Vorschriften bestraft. Die Anordnung (Nr. 7) trat am 16. Juli 1935 in Kraft.

Berliner Getreidegroßmarkt

vom 18. Juli 1935.

Amtliche Preise in Mark, bei Getreide und Oelsaaten für 1000, bei Mehl und Kleie für 100 kg, sonst für 50 kg.

Weizen, märk., durchschnittsqualität 76/77, frei Berlin . . . 212.00
ges. Erzeugerpreis. Preisgebiet | V 201.00 | VI 202.00 | VII 203.00 | VIII 204.00 | IX 206.00 | XI 208.00

Roggen, märk., durchschnittsqualität 71/73, frei Berlin . . . 172.00
ges. Erzeugerpreis. Preisgebiet | V 163.00 | VI 163.00 | VII 165.00 | VIII 165.00 | IX 166.00 | XI 168.00

Gerste, klein. Braugerste, neue, fr. Berlin — | ab märk. Station — | Wintergerste, vierz. — | ab märk. Station — | gute, frei Berlin — | ab märk. Station — | Industriegerste (Sommergerste), frei Berlin — | ab märk. Station — | ntergerste, zweiz. —

Futtergerste, 59/60
ges. Erzeugerpreis. Preisgebiet . . . | V 154.00 | VI 155.00 | VII 157.00 | VIII 160.00 | IX 162.00

Bei Lieferung von Sommer-Futtergerste kommt ein weiterer Aufschlag von 5 Mk. je Tonne hinzu.

Hafer, märk., durchschnittsqualität 48/49
ges. Erzeugerpreis. Preisgebiet | IV 155.00 | VII 160.00 | A 162.00 | XI 164.00 | XIII 167.00 | XIV 169.00

Weizenmehl,
Type 790, Preisgebiet | IX 26.45 | V 26.85 | VI 27.00 | VII 27.15 | VIII 27.30 | IX 27.60 | XI 27.90

10 % Auslandweizen — 1.50 Mk. Aufgeld. — 20 % Auslandweizen — 3.00 Mk. Aufgeld.

Roggenmehl,
Type 997, Preisgebiet | III 22 | V 22.30 | VI 22.35 | VII 22.50 | VIII 22.55 | IX 22.75 | A 23.0

Raps . . . — | **Leinsaat** . . . —

Weizenkleie, Preisgebiet . . . | III 11.46 | V 11.56 | VI 11.62 | VII 11.67 | VIII 11.73 | IX 11.85 | XI 11.96

Roggenkleie, Preisgebiet . . . | III 10 | V 10.19 | VI 10.19 | VII 10.31 | VIII 10.31 | IX 10.39 | XI 10.50

Viktoriaerbsen 23—26 | Lupinen, gelbe . 13¾—14¾ | Sojabohnenschr. 45% a. Hbg.²) 6.50
Kleine Erbsen — | Serradella, alte . — | 45% a. Stettin⁴) 6.70
Futtererbsen 11—12 | Serradella, neue — | Kartoffelflocken
Peluschken 20—22 | Leinkuchen, 37%¹) 7.65 | Partl. waggfr. Stolp 8.75
Ackerbohnen 11—12 | Erdnußkuch. 50%¹) 7.25 | Kartoffelflocken
Wicken — | Erdnußkuchenm. 7.60 | waggonfrei Berlin 9.35
Lupinen, blaue 11¾—12¼ | Trockenschnitzel 4.77

Einschl. Monopol-Zuschlag ¹) 1.30, ²) 1.45, ³) 1.55, ⁴) 1.55.

Bremen: Baumwolle

	18. 7. Brief	Geld	bez	17. 7. Brief	Geld	bez
Loco	13.31			14.26		
Jan.	13.02	12.99	13.00	12.98	12.97	12.97
März	13.05	13.03	13.04	13.03	13.02	13.04
Mai	—	—	—	—	—	—
Juli	—	—	13.29	—	—	13.24
Okt	13.01	12.97	12.98	12.95	12.92	12.94
Dez	13.00	12.98	12.99	12.96	12.94	12.95

Liverpool: Ostind. Baumw.

	18. 7.	17. 7.
Loco Surtee	6.51	6.47
„ Broach	5.93	5.89
„ Punjab/A	5.94	5.90
„ Centr. Pr.	6.09	6.05
„ Beng. F.G.	4.08	4.04
„ Beng. Sup	4.32	4.28
„ Sind F.G.	4.12	4.08
„ Sind Sup.	4.32	4.28

Liverpool: Baumwolle

		18. 7.	17. 7.
Loco		6.91	6.87
Januar	35	6.12	6.07
Februar	35	6.10	6.06
März	35	6.09	6.05
April	35	6.07	6.04
Mai	35	6.06	6.03
Juni	35	6.03	6.01
Juli	35	6.68	6.52
August	35	6.54	6.43
September	35	6.40	6.30
Oktober	35	6.26	6.19
November	35	6.18	6.11
Dezember	34	6.15	6.09
Juli	36	6.01	5.99
Oktober	36	5.90	5.89
Dezember	37	5.87	5.86
Januar	36	5.86	5.86
Tagesimport		4600	800

New Orleans: Baumwolle

	18. 7.	17. 7.
Loco	12.10	12.15
Januar	11.53	11.57
März	11.51	11.54
Mai	11.53	11.54
Juli	11.97	12.00—02
Oktober	11.59	11.65
Dezember	11.54	11.56—59

New Yorker Baumwollkurse

	18. 7.	17. 7.
Loco	12.35	12.35
Januar	11.54	11.60
Februar	11.53	11.57
März	11.53	11.54
April	11.55	11.55
Mai	11.57	11.56
Juni	—	—
Juli	11.97—98	12.01
August	11.86	11.90
September	11.76	11.79
Oktober	11.65	11.68—69
November	11.61	11.65
Dezember	11.58—59	11.62—63

Notierungen für Sakellaridis u. Upper F.G.F

		18. 7. Sak	Up
Januar		7.76	6.97
März	36	7.75	6.59
Mai	36	7.74	6.97
Juli	36	7.75	6.97
Juli		7.85	7.36
Oktober		7.79	7.04
November		7.80	6.96
Loco		8.01	7.38

Geschätzte Totalzufuhren — —
Baumwollzufuhr in Atl. Häfen — —
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen 2000
Zufuhren in Pacific-Häfen — —
Export nach England — —
Export n. d. übrig Kontinent 2000
Export nach Japan u. China 1000
Fracht nach Liverpool — —
Fracht für Standard — —
Export n. Kanada u. Mexiko —

Amtliche Devisenkurse.

Berlin, den 18. Juli 1935

Telegrafische Auszahlung	Geld 17. 7.	Brief 17. 7.	Geld 18. 7.	Brief 18. 7.
Aegypten 1 ägypt. Pfd.	12.565	12.585	12.565	12.585
Argentinien 1 Pap.-Peso	0.658	0.662	0.658	0.662
Belgien 100 Belga	41.885	41.965	41.885	41.965
Brasilien 1 Milreis	0.139	0.141	0.139	0.141
Bulgarien 100 Leva	3.047	3.053	3.047	3.053
Canada 1 canad. Doll.	2.470	2.474	2.470	2.474
Dänemark 100 Kron	54.77	54.87	54.77	54.87
Danzig 100 Guld.	46.81	47.01	46.91	47.01
England 1 Pfund	12.265	12.295	12.265	12.295
Estland 100 estn. Kr.	68.43	68.57	68.43	68.57
Finnland 100 finnl. M.	5.41	5.42	5.41	5.42
Frankreich 100 Frcs.	16.405	16.445	16.41	16.45
Griechenland 100 Drach.	2.353	2.357	2.353	2.357
Holland 100 Gulden	168.70	169.04	168.75	169.09
Island 100 isl. Kr.	55.13	55.25	55.13	55.25
Italien 100 Lire	20.50	20.54	20.50	20.54
Japan 1 Yen	0.721	0.723	4.721	4.723
Jugoslawien 100 Dinar	5.684	5.696	5.684	5.696
Lettland 100 Lats	80.92	81.08	80.92	81.08
Litauen 100 Litas	41.63	41.71	41.63	41.71
Norwegen 100 Kronen	61.65	61.77	61.65	61.77
Oesterreich 100 Schill.	48.95	49.05	48.95	49.05
Polen 100 Zloty	46.91	47.01	46.91	47.01
Portugal 100 Escudo	11.13	11.15	11.13	11.15
Rumänien 100 Lei	2.488	2.492	2.488	2.492
Schweden 100 Kron	63.25	63.37	63.25	63.37
Schweiz 100 Franken	81.09	81.25	81.12	81.28
Spanien 100 Peseten	33.99	34.05	34.00	34.06
Tschechoslowakei 100 Kr	10.32	10.34	10.325	10.345
Türkei 1 türk. Pfd.	1.974	1.978	1.975	1.979
Ungarn 100 Pengö	—	—	—	—
Uruguay 1 Gold-Peso	1.019	1.021	1.029	1.031
V.St.v.Amerika 1 Doll.	2.474	2.478	2.474	2.478

Rundfahrt durch Frankreich.

Bergamaschi gewinnt die 13. Etappe.

Nimes, 18. Juli.

Die noch im Rennen befindlichen 53 Fahrer der Frankreich-Rundfahrt haben zwar nun die schweren Bergfahrten der ersten Fahrthälfte hinter sich, dafür macht ihnen aber das tropenheiße Klima des südlichen Frankreichs viel zu schaffen. Kein Baum, kein Strauch ist zu sehen, stundenlang geht die Fahrt über staubige Landstraßen. In den kleinen Ortschaften, die durchfahren werden, spielt das eine kurze Wort in den verschiedensten Sprachen die Hauptrolle: Wasser — aqua — de l'eau, um mit dem köstlichen Naß Gesichter und Arme zu erquicken oder die ausgedörrte Kehle zu erfrischen. Nun, die Fahrt durch die Ebene wird noch einige Tage anhalten, und dann zwingen wieder die steilen Bergzüge der Pyrenäen die „Helden der Landstraße" zu gewaltigen Anstrengungen.

Gemächlich wurde die 13. Etappe in Marseille begonnen. Zuerst ging man im Massenstart auf die 112 km lange Strecke nach Nimes, während von Nimes aus wieder ein Zeitfahren nach der Uhr begann, in dem die Fahrer der einzelnen Nationen jeweils mit fünf Minuten Abstand auf die 60 km lange Reise geschickt wurden. Typisch für das ungeheure Durstgefühl der Fahrer war, daß die Entscheidung auf dem ersten Teil der Tagesstrecke dadurch fiel, daß der Haupttroß der Fahrer in einer kleinen Ortschaft vom Rade stieg, um sich an saftigen Melonen zu laben. Bei dieser Gelegenheit unternahmen Bergamischi und die beiden Belgier Verwaecke und Lowie einen Ausreißversuch, der ihnen bis Nimes einen entscheidenden Vorsprung sicherte. Bergamischi durchfuhr als Erster nach 4:09:16 Stunden das Zielband vor den beiden Belgiern. Im nachfolgenden Haupttrupp, der von Jean Aerts angeführt wurde, lagen auch die Deutschen Thierbach, Weckerling, Ickes, Umbenhauer und Stach, während Roth und Kutschmann infolge Reifenschäden zurückgefallen waren, aber später doch am Ziel eintrafen.

In Nimes verlegte man den Start zum Zeitfahren um einige Stunden. Als erste wurde dann die französische Mannschaft auf den Weg geschickt, die schon nach der Hälfte der Strecke mit 32:07 Minuten die beste Zeit erzielte und in Montpellier nach 1:16:04 Stunden eintraf. Den zweiten Platz holten sich die Belgier vor Italien und der nur um 7 Sekunden schlechteren deutschen Mannschaft, die ohne Kutschbach gestartet war.

An der Spitze in der Gesamtwertung liegt nach wie vor R. Maes, zu dem aber Camusso und Speicher dichter aufgeschlossen sind. Das Länderklassement sieht unverändert Belgien vor Frankreich, Italien und Deutschland in Front.

Ergebnisse der 13. Etappe:

Marseille—Nimes (112 km): 1. Bergamaschi 4:09:16 Std.; 2. Verwaecke 4:12:02 Std.; 3. Lowie dichtauf; 4. Aerts 4:15:54 Std.; 13. Thierbach; 14. Umbenhauer; 15. Weckerling; 24. Ickes; 25. Händel; 26. Stach; alle gleiche Zeit; 48. Roth 4:17:10 Std.; 52. Kutschbach 4:22:16 Std.

Zeitfahren Nimes—Montpellier (60 km): 1. Frankreich 1:16:04 Std.; 2. Belgien 1:16:31 Std.; 3. Italien 1:17:34 Std.; 4. Deutschland 1:17:41 Std.; 5. Einzelfahrer 1:18:19 Std.

Kann Amerika bezwungen werden?

Deutschland im Interzonen-Finale um den Davispokal.

Zum zweiten Male in diesem Jahre befinden sich Deutschlands beste Tennisspieler im „Tennis-Mekka" der Welt, in Wimbledon. Diesmal gilt es jedoch nicht, ein Turnier zu bestreiten, diesmal kommt es darauf an, einen Davispokalkampf zu gewinnen, und zwar das Interzonen-Finale gegen USA. Zweimal bereits stand Deutschland gegen Amerika in diesem letzten Kampf vor der Herausforderungsrunde, und beidemal wurde es geschlagen. 1929, als Tilden, Hunter und das „ewige" Doppel Allison—van Ryn mit 5:0 kein einziges Match abgaben, und 1932, als Vines, Shields und Allison-van Ryn — allerdings schon wesentlich knapper — mit 3:2 siegten. Nun erfolgt der dritte Ansturm Deutschlands auf Amerikas Spitzentennis, und wie wird der Ausgang sein?

„Wir möchten gerne beim 4:1 bleiben", sagte G. von Cramm, als er nach der grandiosen Prager Tennisschlacht auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eintraf. Dieser Ausspruch zeugt von einem gewaltigen Selbstvertrauen, sagt er doch nicht weniger, als daß von Cramm nach den 4:1-Siegen über Italien, Australien und die Tschechoslowakei den gleichen Erfolg auch gegen USA für möglich hält. Es ist gut, daß unsere Spieler mit einem solchen unbedingten Siegeswillen in den Kampf gehen, denn „auf dem Papier" sieht die Rechnung ein klein wenig anders aus.

Es ist zunächst einmal in Rechnung zu stellen, daß die Kämpfe auf Grasboden stattfinden und unseren Leuten die neuerliche und so kurzfristige Umstellung vom Hart- auf den Grasplatz nicht leicht fallen wird. Besonders Henkel liegt der Rasen auf „Platz Nr. 1" in Wimbledon nicht besonders. Das hat sein Spiel gegen Jean Borotra deutlich gezeigt. Andererseits haben sich die Amerikaner seit Wimbledon auf keinen Hartplatz mehr begeben, sondern ihr Training nur in Wimbledon selbst durchgeführt.

Der zweite ungünstige Umstand für uns ist, daß wir diesmal — wie gegen Australien — auf keinen Fall mit dem Gewinn des Doppels rechnen können. Gewiß, auch in Prag gab man v. Cramm—Lund gegen Menzel—Malecek nur eine geringe Chance, aber Allison—van Ryn sind eben doch aus einem ganz anderen Holz geschnitzt als das tschechische Paar. Sie sind vielleicht nicht mehr die große Klasse wie vor einigen Jahren — im diesjährigen Wimbledon-Wettbewerb unterlagen sie im Endspiel Crawford—Quist — unserem Doppel, aber an Routine und Eingespieltsein doch noch weit überlegen.

Der dritte dunkle Punkt heißt Henner Henkel. Seine beiden Einzel sollten — bei aller Hochachtung vor diesem Spieler und seinem Formaufstieg — verloren gehen. Es wäre aber auch für den jungen Berliner wirklich keine Schande, gegen Leute wie Wood und Budge zu unterliegen.

Wenn man also die nüchterne Rechnung aufmacht, müßten wir 3:2 verlieren, denn nur G. v. Cramm ist für zwei Punkte „sicher". Aber vielleicht stellt uns die Wirklichkeit vor eine neue schöne Ueberraschung.

Wie Amerikas Pokalmannschaft spielt.

Der amerikanische Tennisverband hat seine Vertretung für das Davis-Pokal-Interzonen-Schlußspiel in Wimbledon gegen Deutschland bekanntgegeben. Es spielen Allison, Donald Budge, Wilmer Allison, John van Ryn. Mit höchster Wahrscheinlichkeit werden Allison und Budge die Einzel und Allison—van Ryn das Doppel bestreiten.

Der älteste Amerikaner ist mit 30 Jahren Wilmer Allison aus San Antonio im Staate Texas. Seine ersten Erfolge errang er schon 1928, als auch sein Partner im Doppel, der jetzt 29 Jahre alte John van Ryn, von sich reden machte. Das allerdings recht ausgewachsene „Küken" der Sternbanner-Mannschaft ist Donald Budge, der erst 19 Jahre zählt, aber im Vorjahr durch seine Siege im Doppel zusammen mit Gene Mako über Perry—Wilde Aufsehen erregte und im Einzel von dem Weltranglisten-Ersten erst im fünften Satz 7:5 geschlagen wurde.

Leichtathletische Jugendwettkämpfe des SC Preußen Münster.

‡ **Münster,** 18. Juli.

Das am kommenden Sonntag im Preußenstadion stattfindende große leichtathletische Jugendsportfest des SC Preußen Münster hat auch in diesem Jahre wieder ein ausgezeichnetes Meldeergebnis aufzuweisen. Wenn auch die Anzahl der von auswärts teilnehmenden Vereine nicht so groß wie in den früheren Jahren ist, so haben immerhin 16 Vereine 308 Teilnehmer gemeldet. Damit ist die Zahl der Teilnehmer früherer Jahre nicht nur erreicht, sondern überschritten worden. Von den auswärtigen Vereinen sind hervorzuheben: Westfalia 04 Herne, Arminia Gütersloh, Spielvereinigung Herten, Gronau 09, Vorwärts Gronau, TV Billerbeck, VfL Epe, VfL Telgte und Rheine 09. Die münsterischen Farben werden durch Münster 08, Jahn Westfalen, Reichsbahn-SV, Postsportverein und durch den veranstaltenden SC Preußen vertreten. DSV Hörde und Grün-Weiß Paderborn haben ihre Meldungen noch zugesagt.

Knipper-Reisen

am 27. Juli, 3. August, 17. August, 7. September usw.

Borkum eine herrliche Fahrt an das deutsche Meer . . . 12 Tage 93.—
Allgäuer Alpen Herrliche Erholungsfahrt nach Schallang bei Oberstdorf . . . 14 Tage 98.—
Bayr. Seenfahrt München Starnberg, Garmisch, Walchen, Kochel Tegern, Schlier- u. z. Chiemsee 9 Tage 125.—
Schweiz-Bodensee Heidelberg, Rheinfall, Zürich, Vierwaldst. See, Konstanz, Stuttgart 9 Tage 128.—
Gardasee-Venedig München, Meran, Gardasee, Verona, Venedig, Dolomiten, Cortina, München 9 Tg. 158.—
Schweiz-Venedig Luzern, Vierwaldst. See, Gotthard, Mailand, Venedig, Bozen, Meran, München 11 Tg. 188.—
Ganz Italien Luzern, Genua, Rom, Neapel, Pompeji, Vesuv, Capri, Florenz, Venedig, Bozen, München, 16 Tg. 296.—

Preise ab und zurück Köln

inkl. Bahn-, Autobus- und Dampferfahrten, Hotels, volle Verpflegung, Trinkgelder, Abgaben, Besichtigungen, Führungen usw. ‡4174

Prosp. bei: **Knipper's Reisebüro, Köln** Andreaskloster 12 I Ruf 22100

Inseriert im ZENO-Anzeigenteil!

Transport-Dreiräder
mit Fuß- u. Motorbetrieb, für alle Berufe, D. R.-Patentamtlich geschützt sowie ‡4109
Personenwagen-Anhänger und -Chassis
Fahrzeugbau **Franz Battberg, Bocholt i. W.,** Münsterstraße 85.

Gesunde Steckzwiebelpflanzen. Ferkel, rotb. Mutterkalb, gut erhaltenes Halbverdeck, Kummet-Kutschgeschirre, gebr. Pferdeharke billig abzugeben. Kalüter, Gut Nevinghof b. Münster i. W. Fernruf 40360.

3—8 Morg. gutes **Ackerland**
z. Errichtung einer Gärtnerei zu kf. od. Herbst zu pachten ges. (Kauf nicht ausgeschl.) Offert. unter Z 122 an die Volksst., Dorsten.

Für 10jähr. ges. Jung. wird währ. der Ferienzeit bei einem Landwirt, wo a. Erholungsmöglichkeit geb. wird, ‡4175
Landaufenthalt gesucht.
Angeb. mit Preis an Betriebsleiter H. Bette, Gladbeck i. W., Sandstraße 12.

Heiraten
Tüchtiger kathol. Schuhmachermstr. u. Ortspäde, 26 bis 39 J., findet gute Einheirat i. Industrieort des Münsterlandes. Laden u. Werkst., beste Lage, auch zu verkauf. od. zu vermiet. Off. mit Bild u. H H 305 an die Gronauer Volkszeitung, Gronau i. W.

ERFOLGE
erzielen Sie durch die Insertion im allgemeinen Anzeigenteil der Zeno.

Stellenmarkt
Bewerbungen auf Chiffre-Anzeigen keine Original-Zeugnisse beifügen. Zeugnisabschriften, Lichtbilder usw. müssen auf der Rückseite Namen und Anschrift des Bewerbers tragen.

Modes!
Eine tüchtige erste Arbeiterin bei freier Station und Familienanschluß gesucht. ‡4168
Josef Impina, Putz u. Modewaren, Bocholt i. W.

Tüchtiger **Melker** zu 17 Kühen gesucht. ‡4167
Hermann Bußhaus, Dingden bei Bocholt i. W.

Suche für sofort oder später ein junges ‡4177
Mädchen
im Alter von 16 bis 17 Jahren, das schon mal ausgeholfen hat, für leichte Hausarbeit. Nur ein sauberes und ehrliches Mädchen kommt in Frage. Ang. unt. H 225 an die Gron. Volkszeitung Gronau

Wollen Sie etwas mieten, pachten oder kaufen?
Haben Sie etwas zu verkaufen?
Suchen Sie eine Stelle?
Jeder gewünschte Artikel
Jede Dienstleistung
findet durch eine
Klein-Anzeige
in der
Zeno-Zeitung
Erfolg!

Suche zum 1. August tüchtigen
Jungen
f. landwirtsch. Arbeiten, welcher auch gut melken kann. ‡4171
Heinrich Overfeld, Bauer, Herwest-Dorsten.

Angebote
Kath. ordentliches **Mädchen**
18½ Jahre alt, das schon 3½ Jahre im Geschäftshaushalt tätig war, sucht z. 1. August od. spät. Stellung in ruh. Haushalt od. kleinerem Geschäftshaushalt i. Rheine oder Umgebung. Off. unt. O R an die Borkener Zeitung, Borken.

„Zeno-Zeitung" Dein Heimatblatt!

Erstklassiger ‡4178
Wander-Dekorateur
(Plakatmaler) ist noch einige Tage in der Woche frei.
Angebote erbeten unter Z 298 an d. Allgemeine Zeitung, Coesfeld i. W.

die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat